

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

KRIMINALITÄT UND POLITIK IN ZENTRALASIEN KASACHSTAN NACH DEN PRÄSIDENTENWAHLEN

■ ANALYSE

Gerücht und Realität – Kriminalität, Business und Politik in Zentralasien 2
Von Max Stiller

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Korruption und Rechtsstaatlichkeit 6
Offizielle Angaben über Kontakt mit der Polizei 8
Heroinmarkt der »Nord-Route« von Afghanistan nach Russland 8

■ DOKUMENTATION

Ausdruck von Einheit und Überlegenheit? 9
Vorgezogene Präsidentschaftswahlen in Kasachstan 10
Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 11
Zusammensetzung der neuen Regierung Kasachstans 11
Nursultan Nasarbajew – eine politische Karriere 11
Statements und Kommentare 12
Kasachstan vor den Präsidentschaftswahlen – ein Stimmungsbild 18

■ CHRONIK

Vom 19. März bis zum 22. April 2011 22



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Gerücht und Realität – Kriminalität, Business und Politik in Zentralasien

Von Max Stiller

Zusammenfassung

Zwanzig Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit werden die fünf zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken von autoritären Eliten regiert, die die wirtschaftlichen Ressourcen der Region kontrollieren und die staatlichen Strukturen weitgehend ihren Interessen untergeordnet haben. Endemische Korruption hat insbesondere die Exekutive und Judikative zu Erfüllungsgehilfen der dominierenden Eliten degradiert und durch die Abwesenheit jeglicher rechtsstaatlicher Standards ein soziales und politisches Milieu hervorgebracht, in dem Strukturen organisierten Verbrechens Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Eliten ausüben und in Teilbereichen mit diesen deckungsgleich sind. Die Konvergenz von Politik, Wirtschaft und organisierter Kriminalität kann als eines der wesentlichen Hemmnisse für die politische und wirtschaftliche Entwicklung beschrieben werden. Die folgenden Ausführungen streifen einige der wesentlichen strukturellen Probleme, die sich daraus ergeben.

Ein Problem der Glaubwürdigkeit

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Kriminalität, Business und Politik ist aus naheliegenden Gründen nicht ganz unproblematisch: Informationen über organisierte Kriminalität basieren häufig auf Gerüchten und Hörensagen sowie teilweise abenteuerlichen Verschwörungstheorien, die kaum ein Klischee der spezifischen postsozialistischen Lebenswelten auslassen: Russische Oligarchen, tschetschenische, uighurische oder dagestanische Clans, afghanische Drogenschmuggler und insbesondere islamische Terrornetzwerke finden sich in jedem Sujet über das organisierte Verbrechen in der Region. Die regionalen Sicherheitsstrukturen (Miliz, Innenministerien sowie rivalisierende, teils paramilitärische Verbände) der fünf zentralasiatischen Staaten tragen unmittelbar und meines Erachtens intentional zu der Unübersichtlichkeit und mangelnden Transparenz bei. Endemische Korruption, undurchsichtige Subordination und vor allem das Fehlen jeglicher demokratisch legitimierter Kontrolle haben die Glaubwürdigkeit der regionalen Sicherheitskräfte substantiell unterminiert. Als Nachfolgeorganisationen des sowjetischen KGB wenden die heutigen Sicherheitskräfte Methoden an, die mit polizeilichen Ermittlungen wenig gemein haben: »Geständnisse« werden durch Anwendung physischer und psychischer Gewalt erzwungen, Beweise manipuliert (oder Verdächtigen untergeschoben) sowie Familienangehörige in Sippenhaft genommen. Ein undurchsichtiges Netz von inoffiziellen Mitarbeitern sammelt »Informationen«, die dann zu vermeintlichen »Ermittlungserfolgen« führen. Die Trennlinien zwischen Judikative und Exekutive sind in der Regel unscharf, zahlreiche Verfahren finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und rechtsstaatliche Standards werden systematisch verletzt.

Insbesondere gilt dies für den Verdacht des islamischen »Terrorismus« seit dem 11. September 2001. In

trauriger Regelmäßigkeit werden Repräsentanten der politischen, regionalen oder sozialen Opposition sowie der verbliebenen Zivilgesellschaft und anderer marginalisierter sozialer Gruppen als potentielle »Wahhabiten«, Anhänger der verbotenen Hizb ut-Tahrir al-Islami, islamische Fundamentalisten oder Dschihadisten denunziert und in intransparenten Gerichtsverfahren zu überproportional hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Weder der durch Repressionen eingeschüchterten Zivilgesellschaft noch den eng kontrollierten regionalen Medien gelingt es, eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen, die diesen Umstand ausreichend erörtern – die internationalen Medien zeigen ohnehin nur geringes und kurzzeitiges Interesse an Zentralasien.

Die Beliebigkeit und Problematik des Diskurses über den »islamischen« Terrorismus und die entsprechende Berichterstattung zeigte sich beispielhaft nach den ethnischen Pogromen gegen die usbekische Minderheit im Süden Kirgistans 2010: Der Vorsitzende des staatlichen Sicherheitsrates, Keneschbek Duschebajew, gab unmittelbar nach den Vorfällen zu Protokoll, dass hinter den Unruhen islamistische Gruppierungen stünden (Tadschiken und die Islamische Bewegung Usbekistans), die von der Familie des gestürzten Präsidenten Bakijew angeheuert worden seien. Augenzeugen und objektive Berichte über die Unruhen im Süden Kirgistans widersprachen dieser Darstellung: Zwar erhärtete sich der Verdacht, dass die Bakijew-Familie die Unruhen zu ihren Gunsten auszunutzen gedachte, die Teilnahme islamischer Gruppen konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt nachgewiesen werden. Der reflexartige und pauschale Verweis auf vermeintlich terroristische Strukturen, den man ebenfalls regelmäßig von Sicherheitsstrukturen in Tadschikistan und Usbekistan hört, hat letztendlich die Glaubwürdigkeit genuin berechtigter Sicherheitsbedenken, etwa hinsichtlich der Aktivitäten der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) und

der aus ihr hervorgegangenen Gruppierungen, massiv unterminiert. Die harsche Strafverfolgung islamischer Aktivisten – vor allem vermeintlicher Mitglieder der Hizb ut-Tahrir sowie Salafiten – hat unter den betroffenen Bevölkerungsschichten zunehmend Konfliktpotential geschaffen und teilweise zu einer Radikalisierung beigetragen.

Das Problem der Einbindung: Eliten in Zentralasien

Trotz dieser grundsätzlichen Problematik gehen westliche Geberstaaten, etwa die Europäische Union (in Zentralasien vertreten durch die Europäische Kommission), internationale Organisationen (UN, OSZE) sowie Entwicklungshilfeorganisationen (DFID, GIZ oder USAID) grundsätzlich von dem Paradigma aus, dass der Staat als wichtigster Akteur in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der zentralasiatischen Gesellschaften auch gleichzeitig der zentrale Partner für Entwicklungszusammenarbeit sein sollte. Zwar erfolgen regelmäßig Strategieanpassungen, die beispielsweise die Rolle der Zivilgesellschaft oder lokaler Verwaltungsstrukturen (hier etwa das auch in Zentralasien populäre »Community Driven Development«) betonen, ein Großteil der Entwicklungszusammenarbeit (und damit der Entwicklungsgelder) fließt allerdings mittel- oder unmittelbar an staatliche Strukturen und Institutionen. Dies funktioniert (trotz der endemischen Korruption) durch die direkte Budgetfinanzierung (beispielsweise die Europäische Kommission) verschiedener Ministerien oder durch Implementierung von Projekten, die sich vor allem auf die Aus- und Weiterbildung lokaler Mitarbeiter (»capacity building«) konzentrieren. Dies gilt im Besonderen für die Zusammenarbeit mit den regionalen Sicherheitsstrukturen: Hier setzen westliche Staaten (vertreten etwa durch das FBI, Bundeskriminalamt oder die Streitkräfte) und Organisationen gerne auf den Bereich Aus- und Weiterbildung sowie Ausrüstungshilfe. Die ethischen Implikationen einer solchen Zusammenarbeit werden allzu häufig nicht ausreichend erörtert – dies gilt mithin auch für die Beurteilung der innenpolitischen Lage, die teilweise auf Informationen der »Partner« in den Sicherheitsstrukturen basiert.

Dieser Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit ist bedingt durch die Vorstellung, man könne so die dominierenden Eliten (und ihre Sicherheitskräfte) in einen »kritischen« Dialog einbinden. »Einbindung« bedeutet in diesem Zusammenhang die Erwartung, dass westliche Geberländer den jeweiligen Eliten bestimmte Anreize (hier: Aus- und Weiterbildung sowie Ausrüstungshilfe für Sicherheitskräfte) bieten, im Gegenzug allerdings langfristig die Einhaltung bestimmter Mindeststandards im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und

Menschenrechte sowie eine stärkere regionale Zusammenarbeit (beispielsweise hinsichtlich Afghanistans) erwarten. Grundsätzlich herrscht die Wahrnehmung vor, dass die Ausbildung und Stärkung staatlicher Strukturen im genuinen Interesse der politischen Eliten der zentralasiatischen Transformationsstaaten liegen sollte und somit zumindest in diesem Bereich eine substantielle(re) Zusammenarbeit erfolgen könnte.

Nach nunmehr 20 Jahren politischer, sozialer und wirtschaftlicher Transformation im postsowjetischen Raum und Zentralasien im Besonderen, ist es legitim, diesen idealtypischen Ansatz zu hinterfragen: Sind die regionalen politischen Eliten tatsächlich an einem »starken« Staat interessiert, oder vielmehr an einem weitgehenden Rückbau bzw. einer Schwächung staatlicher Strukturen? Folgt man diesem Ansatz, betreiben die post-sowjetischen Eliten die gezielte Demontage und Manipulation staatlicher Strukturen – und dies nicht aus einem falsch verstandenen Liberalismus heraus. Die (intentionale) chronische Unterfinanzierung zentraler staatlicher Institutionen, insbesondere der Justiz und Sicherheitsbehörden, führten zu einem dramatischen Ausgreifen der Korruption und damit auch sukzessive einer fundamentalen moralischen Demontage staatlicher Autorität. »Sicherheit« wird in diesem Zusammenhang in Zentralasien exklusiv als die Sicherheit der dominanten Elite – in der Regel gruppiert um die präsidentiale Familie und Administration – definiert und nicht inklusiv im Sinne der »öffentlichen« Sicherheit (gemäß der UN-Konvention zur »menschlichen Sicherheit«) der gesamten Bevölkerung. Reguläre Sicherheitsstrukturen (vor allem Armee und Miliz) wurden zunehmend durch »privatisierte« und weitgehend intransparente Parallelstrukturen (Präsidialgarden und/oder Sondereinheiten) abgelöst, die unter keiner demokratisch legitimierten Aufsicht stehen (etwa eines parlamentarischen Ausschusses) und in der Regel unmittelbar einem Vertrauten oder Verwandten des Präsidenten antworten. Beobachter gehen zudem davon aus, dass die verschiedenen Sicherheitsstrukturen miteinander rivalisieren und in illegale Machenschaften involviert sind.

Doch nicht nur die Sicherheitskräfte und Justiz sind durch Korruption unterminiert worden. Nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens, insbesondere das Bildungs- und Gesundheitswesen, sind durch Korruption derart betroffen, dass sie ihre gesellschaftliche Funktion nicht mehr erfüllen. Zwar beteuern die zentralasiatischen Machthaber regelmäßig ihren Einsatz gegen Korruption und maßregeln diverse Minister öffentlich, allerdings ist zu konstatieren, dass vor allem die dominierenden Eliten von der endemischen Korruption profitieren. Westliche Diplomaten berichten vertraulich über in den Hauptstädten Zentralasiens kursierende »Preislis-

ten« für diverse öffentliche Ämter, während Schüler und Studierende korrupte Praktiken in Schulen und Universitäten wiederholt öffentlich gemacht haben. Grundsätzlich folgt die Korruption in allen Bereichen einem pyramidalen Prinzip: Im Bildungsbereich etwa bedeutet dies, dass Lehrer, Dozenten, Dekane oder Rektoren ihre Positionen bei der nächst übergeordneten Stelle »erwerben« müssen und folgend ihre Investition amortisieren wollen. Zeugnisse und Examina werden nicht mehr aufgrund individueller Leistung bewertet, sondern auf Basis der Zahlungswilligkeit der Lernenden. Die Folgen sind katastrophal – sowohl für die Qualität des Bildungswesen wie für die Qualifikation der kommenden Generationen. Doch die Demontage staatlicher Institutionen ist nur eine Dimension der ungeheuren Probleme, vor denen Zentralasien steht: In Meinungsumfragen unter der zentralasiatischen Bevölkerung rangiert Korruption zwar als eines der zentralen Probleme, gleichzeitig geben Befragte an, dass sie sich mit der allgegenwärtigen Korruption arrangiert hätten und korrupte Praktiken zu ihrem Vorteil ausnutzen würden. Offensichtlich haben die Erfahrungen der späten Sowjetzeit (hier sei nur an die Funktion von *blat* erinnert) und der post-sozialistischen Transformation ein Milieu generiert, in dem Korruption als gesellschaftliche Praktik akzeptiert und von den dominierenden Eliten entsprechend ausgenutzt wird. Die Folgen für die politische Entwicklung der Region sind gravierend, da sich unter diesen Bedingungen kaum rechtsstaatliche Strukturen herausbilden können.

Trotz der mangelnden Pressefreiheit und der nur gering vernetzten Öffentlichkeit bzw. Zivilgesellschaft in der Region, gerieten (und geraten) in den letzten Jahren immer wieder brisante Informationen über die Korruption und kriminellen Aktivitäten der politischen Eliten Zentralasiens in die Öffentlichkeit. Dies geschah teilweise im Zuge der zunehmenden Globalisierung: Verschiedene Rechtsstreitigkeiten innerhalb der Eliten werden zunehmend vor europäischen oder US-amerikanischen Gerichten verhandelt. Höchst dramatisch waren in diesem Zusammenhang die Ereignisse um den kasachstanischen OSZE-Botschafter und Schwiegersohn von Präsident Nasarbajew, Rachat Alijew, der von einem kasachstanischen Gericht für eine ganze Reihe schwerer Straftaten verantwortlich gemacht und in Absentia zu 40 Jahren Haft verurteilt wurde. Alijew beantragte daraufhin politisches Asyl in Österreich und ging medial gegen seinen ehemaligen Schwiegervater vor. Tatsächlich scheinen die zentralasiatischen Potentaten mit ihren Schwiegersöhnen wenig Glück zu haben: Gulnara Karimowa (die Tochter Islam Karimows) verhandelte einen unangenehmen Rechtsstreit über das Sorgerecht ihrer Kinder mit ihrem Ex-Mann

vor einem New Yorker Gericht und gegen einen weiteren Schwiegersohn Nasarbajews, Timur Kulibajew, wird angeblich in der Schweiz wegen Geldwäsche ermittelt. Kulibajew, der Berichten zufolge die kasachstanische Ölindustrie kontrolliert, sah sich zudem durch dubiose Geschäfte mit Prince Andrew (der zudem Sondergesandter der britischen Regierung für internationalen Handel ist) im Licht der Öffentlichkeit (und nicht nur der Boulevardpresse). Trotz der negativen Presse ernannte Nasarbajew seinen Schwiegersohn im April 2011 zum Leiter des 60 Mrd. Euro umfassenden Staatsfonds Samruk-Kasyna – Beobachter werten dies als einen deutlichen Schritt in der Nachfolgefrage. In Kirgistan wurden das ungezügelte Geschäftsgebaren und die kriminellen Aktivitäten von Präsidentensöhnen gleich zwei Potentaten zum Verhängnis: Der Coup d'État gegen Askar Akajew 2005 war teilweise motiviert durch die kriminelle Geschäftspraktiken seines Sohnes Aidar Akajew, die sich zunehmend gegen Teile der Elite richteten. Askar Akajews Nachfolger, Kurmanbek Bakijew, hatte offensichtlich aus den Ereignissen 2005 wenig gelernt: Sein Sohn Maksim agierte weitaus zügelloser als sein Vorgänger und trug somit maßgeblich zu dem Umsturz 2010 bei. Sowohl Aidar Akajew als auch Maksim Bakijew nutzen staatliche Strukturen und Institutionen, um Kontrolle über Wirtschaftsunternehmen (Mobilfunk, Supermärkte etc.) zu erlangen bzw. kriminelle Netzwerke zu manipulieren.

Einer der vermutlich aufsehenerregendsten Fälle betrifft allerdings das ärmste der zentralasiatischen Länder: Tadschikistan. Ein Rechtsstreit um Profite aus der Aluminiumhütte in Tursunsoda (TadAZ/heute TALCO) zwischen der Präsidentenfamilie (repräsentiert durch den Schwager des Präsidenten Rachmon), einem ehemaligen Direktor der Hütte sowie einigen teils dubiosen internationalen Akteuren (RUSAL) avancierte mit geschätzten 120 Mio. US-Dollar Prozesskosten zum teuersten Rechtsfall der britischen Rechtsgeschichte, der zudem bis zu seiner plötzlichen (aber nicht überraschenden) außergerichtlichen Einigung durch britischen Gerichtshof detailliert dokumentiert wurde. Da der Prozess in London geführt wurde, konnte Rachmon nicht verhindern, dass Details der Geschäftspraktiken der tadschikischen Eliten an die Öffentlichkeit gelangten. Etwa zeitgleich zu dem TadAZ-Prozess in London meldete der Internationale Währungsfonds Unregelmäßigkeiten in den Berichten der Nationalbank Tadschikistans, die erhebliche Finanzmittel zur Stützung dubioser Baumwolltransaktionen der dominierenden Eliten abzwigte. Parallel zu den Berichten um TadAZ und die Nationalbank Tadschikistans kursierten in Duschanbe Gerüchte über Auseinandersetzungen innerhalb der Familie des Präsidenten, die das

Image Rachmons nachhaltig beschädigte: Angeblich eskalierte eine Auseinandersetzung um Zugriff auf wirtschaftliche Ressourcen in deren Folge Rachmons ältester Sohn seinen Onkel (und Schwager Rachmons) lebensgefährlich verletzte.

Eine Frage von Loyalität

Die – wie im Rahmen der vorliegenden Analyse – einseitige Fokussierung auf die dominanten Eliten kann den komplexen Realitäten in Zentralasien selbstverständlich nicht gerecht werden. Allerdings haben die politischen Eliten ein gesellschaftliches Milieu geschaffen, in dem ein krimineller Habitus insbesondere für junge Männer (Kriminalität, vor allem organisiertes Verbrechen, ist auch in Zentralasien ein überwiegend männliches Problem) nicht nur akzeptabel ist, sondern ausgesprochen attraktiv. Angesichts des dramatischen Verfalls des Bildungssystems sowie der düsteren sozialen Perspektiven für einen Großteil der jüngeren Generation gelingt es Netzwerken organisierter Kriminalität relativ leicht, sich als veritable Alternative für einen jugendlichen Lebensentwurf darzustellen. Insbesondere in den urbanen Zentren Kirgistans (Bischkek und Osch) und Tadschikistans (Duschanbe) werden Jugendliche bereits frühzeitig durch solche Netzwerke sozialisiert. Kriminelle Jugendgruppen werden in der Regel durch personalisierte Netzwerke organisierten Verbrechens manipuliert bzw. kooptiert. Lokale Eliten – »*bisnesmen*« und/oder Politiker – treten häufig als »Sponsoren« auf und integrieren Jugendliche in ihre Netzwerke. Kriminelle Gruppen und Eliten in Zentralasien generieren Loyalität durch die Mobilisierung einer (vorgestellten oder realen) ethnischen oder regionalen Identität. Als soziale Ordnungsmuster werden häufig traditionelle Clanstrukturen angeführt, die Loyalitäten verfestigen und verstetigen. Der Verweis auf Clanstrukturen, die den tiefgreifenden sowjetischen Transformationsprozess überdauerten und nach 1991 wieder wirkmächtig wurden, ist implizit eine Primitivisierung der zentralasiatischen Gesellschaften und in dieser Form nicht haltbar. Sicherlich spielt gemeinsame regionale und ethnische Herkunft eine gewichtige Rolle in der Schaffung von Vertrauen und Loyalität. Beispiele aus Tadschikistan nach dem Bürgerkrieg und Kirgistan nach den politischen Unruhen 2005 und 2010 zeigen jedoch, dass diese Loyalitätsstrukturen keineswegs stabil sind. Feldkommandeure oder Politiker-cum-Geschäftsleute (»*bisnesmen*«) mit einer regionalen Machtbasis oder »Clan«-Loyalitäten konnten nur so lange Loyalitätsbindungen aufrecht erhalten, wie sie auch in der Lage waren, ihren Anhängern entsprechende materielle Gegenleistungen zu bieten. Für zentralasiatische Eliten und insbesondere Netzwerke organisierter Kriminalität ist der Zugriff auf

formale Positionen und Ämter in staatlichen Strukturen weitaus wichtiger als der Rückgriff auf regional-ethnische Loyalitätsbande. Der Rückgriff auf Islam hat in diesem Kontext zwar zugenommen, ist aber kein neues Phänomen: Bereits während des tadschikischen Bürgerkrieges 1992–97 beriefen sich Feldkommandeure der Oppositionsgruppierungen wie auch des Regierungslagers (in beiden Fällen gehörten Feldkommandeure nicht selten zu den kriminellen Netzwerken der späten Sowjetzeit) auf vermeintlich islamische Werte, um Anhänger zu mobilisieren. Die Annahme eines islamischen Habitus ist auch in Usbekistan und mittlerweile zunehmend in Kirgistan ein wichtiger Bestandteil der Schaffung von Loyalitätsbanden. Islam kann aus religionssoziologischer Sicht als eine Religion beschrieben werden, die insbesondere das Verhalten eines Muslims in seiner Gesellschaft sanktioniert und so eine spezifische soziale Ordnung legitimiert. Diesen Umstand haben sich regelmäßig auch Vertreter des organisierten Verbrechens zu Eigen gemacht (dies gilt allerdings nicht nur für den Islam!), um sich in ihrem lokalen Kontext zu legitimieren.

Drogen transit

Eine Analyse der Wechselwirkung von Politik, Wirtschaft und Kriminalität in Zentralasien kann nicht ohne einen Verweis auf den Drogen transit auskommen. Im Vergleich zu dem Diskurs über islamisch motivierten Terrorismus in Zentralasien werden allerdings die Implikationen des regionalen Drogen transits weniger konturiert in der zentralasiatischen Öffentlichkeit medial projiziert. Nach Schätzungen des United Nation Office for Drugs and Crime (UNODC) wurden 2006 ca. 25–30 % der afghanischen Opiumderivate über Zentralasien vor allem in die Russische Föderation geschmuggelt, wobei der regionale Konsum vor allem minderwertiger Derivate in Zentralasien rapide ansteigt. Experten gehen zudem davon aus, dass sich der Anteil der nördlichen Route in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und teilweise auf China ausgerichtet hat. Obwohl westliche Staaten und internationale Organisationen in den vergangenen Jahren versucht haben, die Kapazitäten regionaler Drogenkontrollbehörden zu verbessern, sind die Erfolge eher bescheiden. Ein hoher Repräsentant einer der regionalen Drogenkontrollbehörden gab gegenüber dem Autor unumwunden zu, dass seine Behörde die Grenzen ihrer Aktivitäten deutlich von den dominierenden Eliten aufgezeigt bekäme.

Damit schließt sich ein argumentativer Kreis: Die dominierenden Eliten des postsowjetischen Zentralasiens haben staatliche Strukturen weitgehend unterminiert bzw. ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet – mit gravierenden Folgen für die gesell-

schaftliche Entwicklung der Region. Westliche Kooperation mit den zentralasiatischen Regimen ist nach wie vor geprägt von der Vorstellung, man könne die domi-

nierenden Eliten der Region in einen staatszentrierten Diskurs vermeintlich konvergenter Interessen einbinden. Diese Vorstellung sollte grundlegend überdacht werden.

Über den Autor:

Max Stiller ist ein Pseudonym. Der Autor ist der Redaktion bekannt.

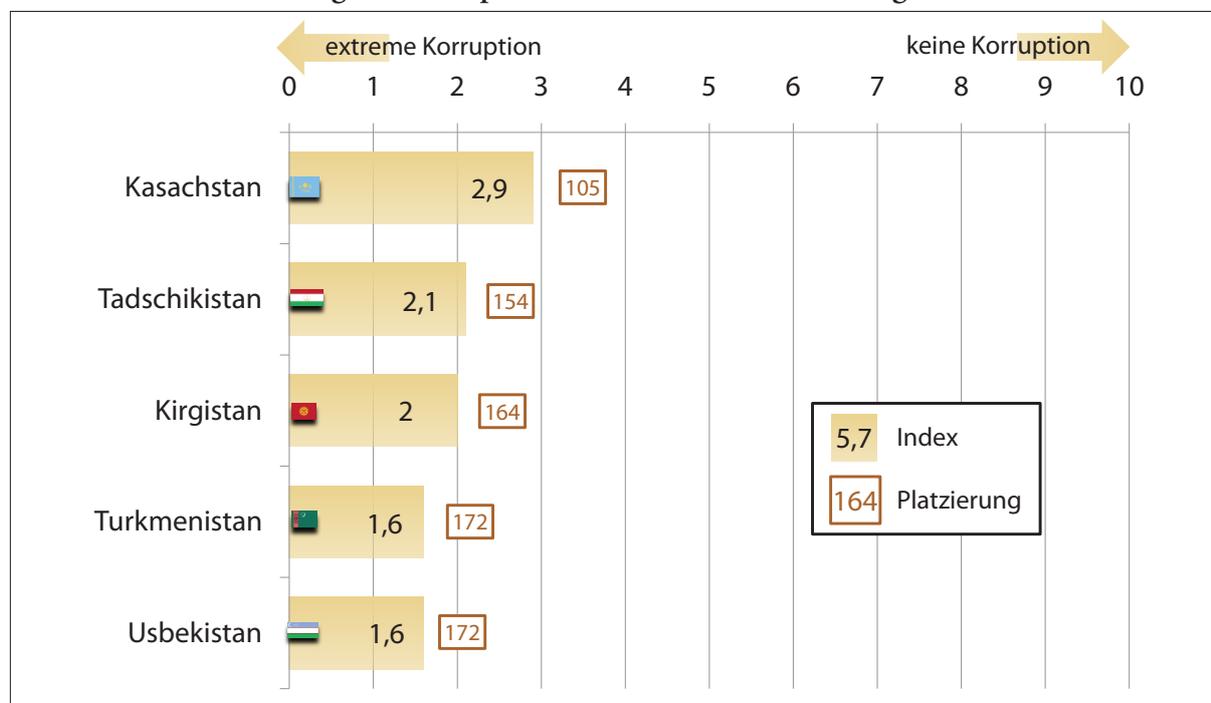
Lesetipps:

- David Lewis, Reassessing the Role of OSCE Police Assistance Programming in Central Asia, = OSI Occasional Paper Series, No. 4, herunterzuladen von: http://www.soros.org/initiatives/cep/articles_publications/publications/occasional-paper-4-20110411
- International Crisis Group (ICG), Central Asia: Decay and Decline, = Asia Report No. 201, Bishkek/Brussels 2011, herunterzuladen von: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia.aspx>
- Ron Stodghill, Oil, Cash and Corruption, in: The International Herald Tribune, 5. November 2006; heute zu finden z. B. unter: <http://www.kubkz.com/article.php?sid=15050>

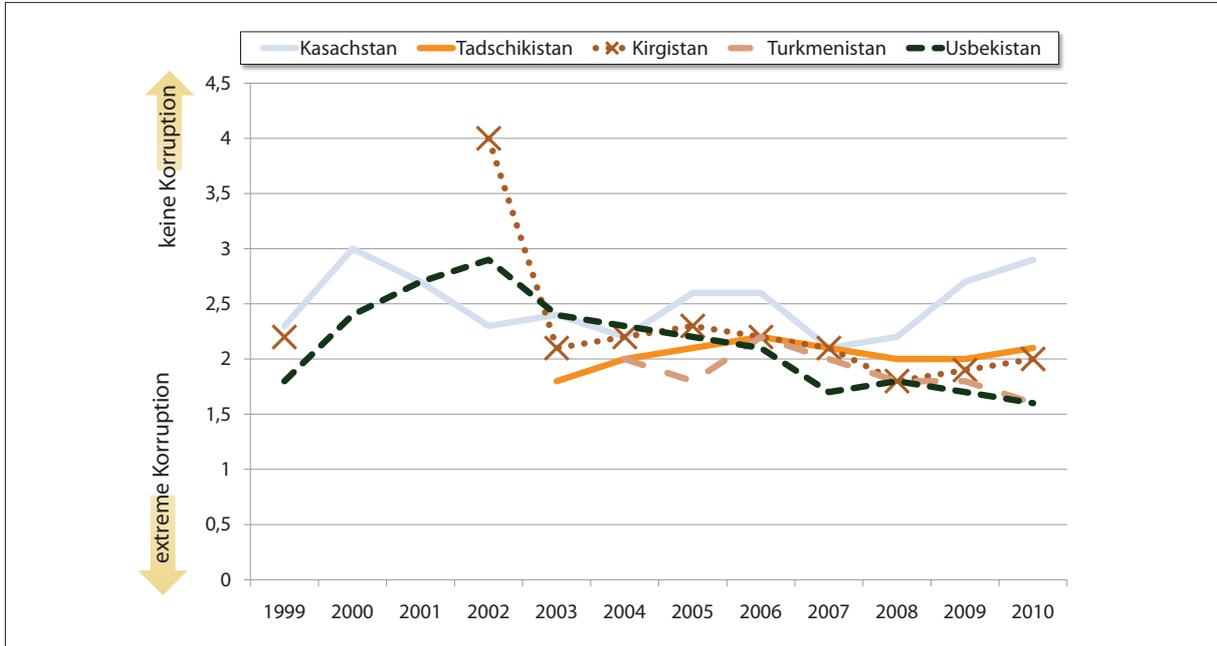
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Korruption und Rechtsstaatlichkeit

Grafik 1: Wahrnehmung der Korruption, Indexwert und Platzierung 2010



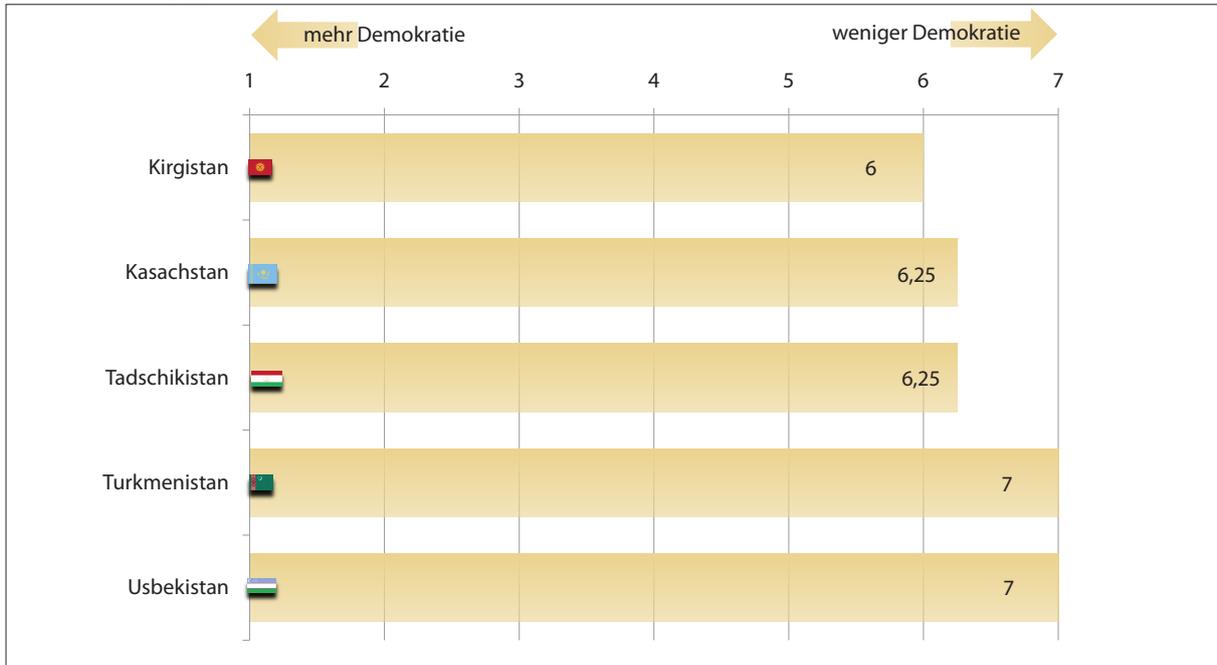
Grafik 2: Wahrnehmung der Korruption, Index 1999–2010



Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt)

Quelle: Corruption Perceptions Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010

Grafik 3: Demokratisierungsgrad des Rechtssystems (Judicial Framework and Independence) 2010



Skala von 1 (höchste demokratische Entwicklung) bis 7 (niedrigste)

Judicial Framework and Independence ist einer der sieben erhobenen Bereiche von Nations in Transit, aus dem sich der Democracy Score zusammensetzt.

Quelle: Nations in Transit, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=551>

Tabelle 1: Demokratisierungsgrad des Rechtssystems (Judicial Framework and Independence) 2001–2010

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kasachstan	5,75	6	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6	6,25
Kirgistan	5,25	5,25	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	6	6	6
Tadschikistan	5,75	5,75	5,75	5,75	5,75	5,75	5,75	6	6,25	6,25
Turkmenistan	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Usbekistan	6,5	6,5	6,5	6,5	6,25	6,75	6,75	6,75	7	7

Skala von 1 (höchste demokratische Entwicklung) bis 7 (niedrigste)

Judicial Framework and Independence ist einer der sieben erhobenen Bereiche von Nations in Transit, aus dem sich der Democracy Score zusammensetzt.

Quelle: Nations in Transit, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=551>

Offizielle Angaben über Kontakt mit der Polizei

Tabelle 1: Gesamtzahl der Personen, die nach offiziellen Angaben mit Polizei in Berührung gekommen sind, d. h. verhaftet, verdächtigt oder verwarnt

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Kasachstan	k. A.	k. A.	73.604	76.336	71.540	70.051
Kirgistan	17.650	16.309	17.036	16.387	15.184	15.873
Tadschikistan	k. A.	k. A.	7.494	8.328	k. A.	k. A.
Turkmenistan	6.718	6.751	6.203	5.341	k. A.	k. A.

Quelle: United Nation Office for Drugs and Crime (UNODC), <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/crimedata.html>

Tabelle 2: Gesamtzahl der Jugendlichen, die nach offiziellen Angaben schon einmal mit der Polizei in Berührung gekommen sind, d. h. verhaftet, verdächtigt oder verwarnt

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Kasachstan	k. A.	k. A.	8.481	8.762	8.317	7.418
Kirgistan	1.187	1.143	1.266	1.151	1.280	1.190
Tadschikistan	k. A.	k. A.	257	275	k. A.	k. A.
Turkmenistan	177	156	136	127	k. A.	k. A.

Quelle: United Nation Office for Drugs and Crime (UNODC), <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/crimedata.html>

Heroinmarkt der »Nord-Route« von Afghanistan nach Russland

Tabelle 1: Konsum, Beschlagnahmungen und Handel in Tonnen 2000–2008

Jährlicher Heroinkonsum in Russland	70
Heroinverkauf von Zentralasien in den Kaukasus und nach China pro Jahr	3
Durchschnittliche jährliche Beschlagnahmungen von Heroin in Zentralasien	5
Jährlicher Heroinkonsum in Zentralasien	11
Heroinverkauf von Russland nach Europa pro Jahr	4
Durchschnittliche jährliche Beschlagnahmungen von Heroin in Russland	3

Quelle: United Nation Office for Drugs and Crime (UNODC),

http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/tocta/TOCTA_Report_2010_low_res.pdf, S.117.

Ausdruck von Einheit und Überlegenheit?

Vorgezogene Präsidentschaftswahlen in Kasachstan

Am 3. April 2011 haben die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in Kasachstan stattgefunden. Niemand wird darüber überrascht gewesen sein, dass Nursultan Nasarbajew mit großem Abstand die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, die Höhe seines Sieges (95,5 %) wie der Wahlbeteiligung (89,98 %) haben bei vielen Beobachtern aber doch Erstaunen ausgelöst. Weniger im Sinne von Überraschung über den riesigen Rückhalt des Präsidenten bei seiner Bevölkerung, als über eine vermutete Erhöhung der Zahlen durch Wahlkommissionen und/oder Administration. Die OSZE hat die Wahl in vielerlei Hinsicht kritisch bewertet (s. u.). Obwohl an der Wiederwahl Nursultan Nasarbajews nie ein Zweifel bestehen konnte, weil es in Kasachstan heute keinen Politiker gibt, der es an Bekanntheit und Ansehen mit Nasarbajew aufnehmen könnte, hat man zuerst versucht, alternative Wahlen durch ein Referendum ganz zu umgehen, dann durch die Vorverlegung des regulären Wahltermins die Chancen von Gegenkandidaten geschmälert und bei der Registrierung der Kandidaten offensichtlich eine politisch motivierte Vorauswahl getroffen. Zwei der letztlich drei offiziellen Gegenkandidaten ließen keinen Zweifel daran, dass sie eigentlich nur pro forma kandidierten. Der Kandidat Mels Jeleusisow hat am Wahltag sogar ausdrücklich erklärt, dass er für Nasarbajew gestimmt habe. Und nun wurden also vermutlich die Wahlergebnisse nach oben korrigiert. Die Frage ist, warum das alles? Eine überzeugende Erklärung gibt es bislang nicht.

Der Präsident selber hat die hohe Zustimmung für sich direkt nach Bekanntwerden des Ergebnisses als Ausdruck der Einheit des Volkes Kasachstans bewertet, was zumindest ein etwas anderes Verständnis von Wahlentscheidungen als uns vertraut, vermuten lässt. Mehrere Kommentatoren nehmen die Höhe der Wahlbeteiligung und des Ergebnisses zum Anlass, um den Stand der Demokratie in ihrem Land als dem westlicher Staaten überlegen zu bewerten.

Inzwischen hat am 8. April die offizielle Amtseinführung des Präsidenten stattgefunden. Die Regierung ist, wie in der Verfassung vorgesehen, danach zurückgetreten, das neue Kabinett bereits im Amt. Offensichtlich setzt Präsident Nasarbajew auf Kontinuität, der bisherige Premierminister Karim Massimow wird dieses Amt weiterhin ausüben, genauso wie eine Reihe von Fachministern. Große Veränderungen sind von dieser Mannschaft nicht zu erwarten. Interesse hat nur die Ernennung von Nasarbajews Schwiegersohn Timur Kulibajew zum Vorsitzenden des Nationalfonds Samruk-Kazyna auf sich gezogen. Der Geschäftsmann Kulibajew, einer der reichsten Männer Kasachstans, hatte bisher keine öffentlich sichtbaren politischen Ämter inne und hatte auch keinerlei Interesse daran erkennen lassen. Seine Ernennung zum Chef des Nationalfonds, der mehr als zwei Drittel der Wirtschaft des Landes kontrolliert und manchmal als zweite Regierung bezeichnet wird, gilt allgemein als Hinweis auf eine mögliche Regelung der Nachfolge Nasarbajews. Und diese Frage ist es, die offensichtlich Kasachstanern wie ausländische Beobachter jetzt am meisten interessiert, hängt doch davon nach allgemeiner Überzeugung die Stabilität des Landes ab.

Wir haben im Folgenden, wie gewohnt, die Wahlergebnisse für Sie zusammengestellt und einige Kommentare aus der kasachstanischen und russischen Presse ausgewählt und übersetzt. Natürlich haben die meisten Medien Kasachstans keinerlei Kritik an den Wahlergebnissen geübt und sich oft einfach jeden Kommentars enthalten. Aber es gab doch einige Journalisten, die sehr klar die Probleme benannt und nach Erklärungen gesucht haben. Unsere Auswahl ist nicht repräsentativ in quantitativer Hinsicht, versucht aber, möglichst viele verschiedene Erklärungen wiederzugeben.

Beate Eschment

Die Ergebnisse der Präsidentenwahl

Grafik 1: Ergebnisse der Präsidentenwahl am 3.4.2010 (in %)

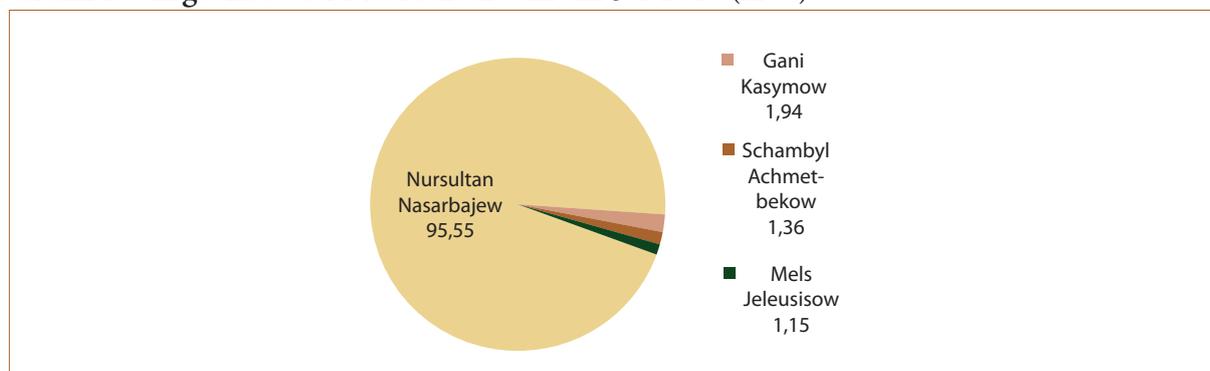


Tabelle 1: Ergebnisse der Präsidentenwahl am 3.4.2010

	Stimmen	Stimmenanteil in Prozent
Nursultan Nasarbajew	7.850.958	95,55
Gani Kasymow	159.036	1,94
Schambyl Achmetbekow	111.924	1,36
Mels Jeleusisow	94.452	1,15

Wahlbeteiligung: 89,98 %

Quelle: Zentrale Wahlkommission der RK, http://election.kz/portal/page?_pageid=73,1584918&_dad=portal&_schema=PORTAL

Tabelle 2: Ergebnisse der Präsidentenwahl nach Gebieten (in %)

	Nursultan Nasarbajew	Schambyl Achmetbekow	Gani Kasymow	Mels Jeleusisow
Gebiet Akmola	96,15	1,21	1,85	0,79
Gebiet Aktjubinsk	96,92	0,90	1,24	0,94
Gebiet Almaty	97,15	1,00	1,02	0,83
Gebiet Atyrau	94,97	1,42	2,60	1,01
Ostkasachstan	96,31	1,03	1,45	1,21
Gebiet Schambyl	94,61	0,65	4,10	0,64
Westkasachstan	93,56	1,64	3,11	1,69
Gebiet Karaganda	97,07	1,03	1,06	0,84
Gebiet Kostanaj	95,50	1,06	2,05	1,39
Gebiet Kysylorda	94,01	1,17	2,01	2,81
Gebiet Mangistau	96,58	1,12	1,26	1,04
Gebiet Pawlodar	96,68	1,08	1,50	0,74
Nordkasachstan	96,53	1,14	1,82	0,51
Südkasachstan	95,76	1,54	1,81	0,89
Stadt Astana	94,82	2,21	1,61	1,36
Stadt Almaty	90,85	3,41	3,51	2,23

Quelle: Zentrale Wahlkommission der RK, http://election.kz/portal/page?_pageid=73,1584918&_dad=portal&_schema=PORTAL

Zusammensetzung der neuen Regierung Kasachstans

Karim Massimow	Premierminister
Umirsak Schukejew	Erster stellvertr. Premierminister
Jerbol Orynbajew	Stellvertr. Premierminister
Jerschan Kasychanow	Außenminister
Kalmuchanbet Kasymow	Innenminister
Bolat Schamischew	Finanzminister
Kairat Kelimbetow	Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel
Aset Isekeschew	Minister für Industrie und Neue Technologien
Sauat Mynbajew	Minister für Mineralöl und Gas
Schanar Aitschanowa	Ministerin für Wirtschaftsintegration
Asylschan Mamytbekow	Minister für Landwirtschaft
Berik Kamalijew	Minister für Transport und Kommunikation
Askar Schumagalijew	Minister für Verbindung und Information
Raschid Tusupbekow	Justizminister
Adilbek Dschaksybekow	Verteidigungsminister
Bakjtschan Schumagulow	Minister für Bildung und Wissenschaft
Nurgali Aschimow	Minister für Umweltschutz
Talgat Jermegijajew	Minister für Tourismus und Sport
Gulschara Abdykalikowa	Ministerin für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung
Salidat Kairbekowa	Gesundheitsministerin
Muchtar Kul-Muchammed	Kulturminister
Wladimir Boschko	Notstandsminister

Quelle: Website der Regierung, <http://ru.government.kz/structure/government>

Nursultan Nasarbajew – eine politische Karriere

6.7.1940	Geboren in Tschemolgan, Oblast Alma-Ata
1979–84	Sekretär des Zentralkomitees der KP der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik (KasSSR)
22.3.1984–27.7.1989	Vorsitzender des Ministerrates der KasSSR
22.6.1989–14.12.1991	1. Sekretär des Zentralkomitees der KP der KasSSR
22.2.–24.4.1990	Vorsitzender des Obersten Sowjet des KasSSR
24.4.1990	Vom Obersten Sowjet ins neu geschaffene Amt des Präsidenten gewählt
(16.12.1991	Unabhängigkeit der Republik Kasachstan)
1.12.1991	Allgemeine Präsidentschaftswahlen (1 Kandidat, 98,8 % der Stimmen für Nasarbajew)
29.4.1995	Referendum zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten (95,4 % Ja-Stimmen)
10.1.1999	Allgemeine Präsidentschaftswahlen (4 Kandidaten, 79,8 % der Stimmen für Nasarbajew)
4.12. 2005	Allgemeine Präsidentschaftswahlen (5 Kandidaten, 91,2 % der Stimmen für Nasarbajew)
15.6.2010	Nasarbajew wird »Führer der Nation«
3.4.2011	Allgemeine Präsidentschaftswahlen (4 Kandidaten, 95,5 % der Stimmen für Nasarbajew)

Zusammenstellung: Beate Eschment

Statements und Kommentare

OSZE/ODIHR und OSZE PA

Internationale Wahlbeobachtung

Republik Kasachstan – Vorgezogene Präsidentschaftswahl, 3. April 2011

Statement über die vorläufigen Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Als pdf herunterladen von: <http://www.osce.org/odihr/76349>

[...]

Vorläufige Schlussfolgerungen

Die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 3. April 2011 fand nach einem Jahr aktiven internationalen Engagements Kasachstans als Vorsitzender der OSZE statt. Höhepunkt war die erfolgreiche Abhaltung des ersten Gipfeltreffens von Staats- und Regierungschefs seit 11 Jahren, auf dem die Grundsatzverpflichtungen der OSZE erneut in vollem Umfang bestätigt wurden. Reformen, die nötig wären, um echte demokratische Wahlen abzuhalten, müssen erst noch verwirklicht werden, denn diese Wahl offenbarte Unzulänglichkeiten, die aus früheren Wahlen bekannt sind. Die Institutionen, die in der internationalen Wahlbeobachtung vertreten waren, sind gerne bereit Kasachstan dabei zu unterstützen, vor den nächsten Parlamentswahlen die identifizierten Mängel zu beheben.

Die Wahl wurde kurz nach einer überstürzten Änderung von Verfassung und Wahlgesetz anberaumt. Oppositionsparteien entschieden sich, nicht an der Wahl teilzunehmen. Die Wahl wurde zwar im technischen Sinne gut gemanagt, doch das Fehlen von Oppositionskandidaten und eines lebendigen politischen Diskurses führte dazu, dass keine Wettbewerbsatmosphäre gegeben war. Die Anzahl der Gegenkandidaten war begrenzt und sie entschlossen sich, den Amtsinhaber nicht herauszufordern.

Obwohl die Behörden Anstrengungen zur Verbesserung der Wahlgesetzgebung gemacht und einige OSZE/ODIHR-Empfehlungen umgesetzt haben, weisen die gesetzlichen Rahmenbedingungen zentrale Mängel auf, die mit den OSZE-Verpflichtungen unvereinbar sind, darunter Beschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Das Wahlgesetz enthält verschiedene Unklarheiten und Lücken, die zur inkonsistenten Anwendung des Gesetzes beitragen. Die Zentrale Wahlkommission (ZWK) hat Richtlinien verabschiedet, aber keine formalen Durchführungsbestimmungen für einzelne Aspekte des Prozesses, beispielsweise für die Verfahren am Wahltag und die elektronische Erfassung der Wahlergebnisse.

Die Wahlkommissionen auf allen Ebenen einschließlich der ZWK haben die technischen Aspekte der Wahl auf professionelle Art und Weise gemanagt. Zu ihren turnusmäßigen Sitzungen waren Beobachter und Medien zugelassen. [...] Doch die Mehrzahl der Mitglieder in vielen Wahlkommissionen war de facto mit der Regierungspartei Nur Otan affiliert und das führte zu mangelndem Vertrauen in die Unparteilichkeit der Wahlorgane. [...]

Von ursprünglich 22 nominierten Kandidaten wurden vier in einem nicht völlig transparenten Verfahren registriert. Diesem Prozess fehlte es an klaren Regeln für die Verifikation der Unterschriften der Unterstützer und an klaren Kriterien für die Bewertung des obligatorischen Sprachtests. Die Wahlkampagne für den Amtsinhaber war nicht zu übersehen, während die Aktivitäten der anderen Kandidaten ziemlich im Hintergrund blieben. Einige Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppierungen riefen einen Wahlboykott aus. In einigen Fällen konnten sie Treffen veranstalten, bei anderen Gelegenheiten wurden sie nicht erlaubt.

[...]

Viele lokale Amtsinhaber haben sich in den Wahlprozess eingemischt, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Ein Beamter wurde wegen Verstoß gegen das Gesetz entlassen.

Der Wahltag verlief im Allgemeinen ruhig und es wurde eine Wahlbeteiligung von 90 % berichtet. Internationale Beobachter haben ernsthafte Verfahrensmängel festgestellt, einschließlich zahlreicher Fälle von anscheinend identischen Unterschriften in den Wählerlisten und Fällen von gefälschten Wahlzetteln in Wahlurnen. Bei der Stimmauszählung und der Tabellarisierung der Ergebnisse fehlte es an Transparenz, und die Vorschriften wurden oft nicht eingehalten. Internationale Beobachter wurden gelegentlich in ihren Beobachtungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die ZWK hat in der Wahlnacht keine detaillierten Wahlergebnisse publiziert.

[...]

Statement der Wahlbeobachtungsmission der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten über die Beobachtungsergebnisse bei der Vorbereitung und Durchführung der außerordentlichen Wahl des Präsidenten der Republik Kasachstan

<http://www.cis.minsk.by/news.php?id=113>

Organisation des Monitoring und Bedingungen für seine Durchführung

[...]

Die GUS-Beobachter sind der Ansicht, dass in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase der Wahlen ein hohes Organisationsniveau erreicht wurde und die Wahlkommissionen transparent und gut organisiert gearbeitet haben. Die Veranstaltungen im Rahmen des Wahlkampfes verliefen in ruhiger Atmosphäre.

[...]

Die GUS-Mission betont, dass die nötigen Bedingungen für eine internationale Wahlbeobachtung in der Republik geschaffen wurden, dies beweist die Offenheit und den demokratischen Charakter des Wahlprozesses.

[...]

Nominierung und Registrierung der Präsidentschaftskandidaten

In Übereinstimmung mit dem Wahlgesetz haben alle Präsidentschaftskandidaten gleiche Chancen für ihre Nominierung und Registrierung erhalten.

[...]

Die Mission betont, dass die Verfahren zur Nominierung und Registrierung der Kandidaten von Offenheit geprägt waren und hierbei die Vorschriften des Wahlgesetzes beachtet wurden.

Wahlkampf und Berichterstattung über die Wahlkampagne

[...]

Nach Ansicht der Mission war ein gleicher Zugang der Kandidaten zu den Massenmedien gesichert.

Jeder der Kandidaten hatte die Möglichkeit seine Rechte zu nutzen und sich in Radio- und in Fernsehauftritten an die Wähler zu wenden und seine Wahlplattform einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

[...]

Insgesamt stellt die Mission einen zivilisierten und korrekten Verlauf des Wahlkampfes fest, konstatiert aber auch, dass es zu vereinzelt Ordnungverstößen kam. So wurden Flugblätter von Kandidaten abgerissen oder beschädigt. Die ZWK hat im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen die Wahlkampfstäbe der Präsidentschaftskandidaten daran erinnert, dass der Verhaltenscode unbedingt zu beachten und die wechselseitige Beschädigung von Wahlkampfmaterialien nicht zulässig ist.

Die Mission unterstreicht, dass der Wahlkampf insgesamt im Rahmen der rechtlichen Vorgaben, zivilisiert und korrekt verlaufen ist.

[...]

Nach Ansicht der Mission haben die Massenmedien sich lebhaft mit allen Phasen des Wahlkampfes befasst, indem sie Materialien über die Kandidaten, den Wahlprozess und die Wahlverfahren zur Verfügung stellten. Auf diese Weise konnten die Wähler vollständige und objektive Informationen über den Verlauf des Wahlkampfes bekommen.

[...]

Beobachtung der Stimmabgabe und der Stimmauszählung

[...]

Die GUS-Beobachter haben 3.872 Wahllokale in allen Städten und Regionen des Landes besucht.

In den Wahllokalen, die von Mitgliedern der Mission aufgesucht wurden, ist die Abstimmung unter aktiver Beteiligung der Wähler, in Gegenwart internationaler und einheimischer Beobachter sowie Bevollmächtigter der Präsidentschaftskandidaten in ruhiger Atmosphäre verlaufen. Alle Wahllokale verfügten über die vorgeschriebenen Informationsmaterialien, die nötige Ausstattung und Kommunikationsmöglichkeiten.

[...]

Vereinzelt beobachtete Unzulänglichkeiten technischer Art (eine ungünstige Anordnung der Kabinen für die geheime Abstimmung, der Wahlurnen, des Informationsmaterials über die Präsidentschaftskandidaten oder der Plätze für Wahlbeobachter) wurden von den Mitgliedern der Wahlkommissionen unverzüglich beseitigt, wenn die Beobachter darauf hinwiesen.

[...]

Die Mitglieder der GUS-Mission haben die Stimmauszählung beobachtet und betont, dass diese Prozedur in offener Weise erfolgte. Man gab den Beobachtern eine reale Möglichkeit, ihr Monitoring unter Bedingungen durchzuführen, die einen Überblick über den Auszählungsvorgang sicherstellten.

Schlussfolgerungen

Nach Ansicht der GUS-Beobachter ist der Wahlkampf für die vorgezogenen Wahlen zum Präsidenten der Republik Kasachstan auf einem hohen organisatorischen Niveau und in freier Atmosphäre abgelaufen.

Die Organisatoren der Wahlen haben alle nötigen Maßnahmen getroffen, um die internationalen Verpflichtungen der Republik Kasachstan im Bereich demokratischer Wahlen zu erfüllen.

Die Mission der Wahlbeobachter der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten:

- bewertet die am 3. April 2011 abgehaltenen vorgezogenen Wahlen des Präsidenten der Republik Kasachstan als in Übereinstimmung mit der nationalen Wahlgesetzgebung und den allgemein anerkannten demokratischen Normen verlaufen;
- ist der Ansicht, dass die Wahlen offen gewesen sind und die freie Willensäußerung der Bürger des Landes ermöglicht haben;
- vertritt die Meinung, dass die erfolgreiche Durchführung der Wahlen einen Beweis für das weitere Voranschreiten der Republik Kasachstan auf dem Weg des Fortschritts und der demokratischen Entwicklung darstellt.

Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Vertrauen ist ein Unterpfand des Erfolgs

Kasachstanskaja Prawda, Nr. 120 (26541) 9.4.2011

<http://www.kazpravda.kz/c/1302318097>

Von Wladimir Osipow

Nursultan Nasarbajew ist ein Politiker mit einem weltbekannten Namen; er hat das heutige Kasachstan geschaffen, große Bekanntheit in der internationalen Arena erlangt und sich die Liebe und das Vertrauen seines Volkes wohl verdient. Die gerade durchgeführten vorgezogenen Neuwahlen sind dafür ein klarer Beweis. Das Staatsoberhaupt hat im Verlauf des Wahlkampfes 95,5 % der Wählerstimmen erhalten.

Zwei Entwicklungslinien

Die Rolle des Präsidenten in der Entwicklung der Republik ist herausragend. Es lohnt sich darüber nachzudenken, was eingetreten wäre, wenn Nursultan Abischewitsch in den krisenhaften Jahren der Transformation nicht das »Staatsrunder« in der Hand gehabt hätte. In den schweren Zeiten des Zusammenbruchs der (Sowjet-)Union hat nur der starke Wille des Staatsoberhauptes, seine Fähigkeit global und perspektivisch zu denken, es ermöglicht, die »Klippen« der ersten Jahre der Unabhängigkeit zu umschiffen und Kasachstan auf einen sicheren Entwicklungspfad zu bringen.

Wer hatte vor 20 Jahren im fernen Ausland von unserer Republik gehört? Man hat unser Land mit Afghanistan und anderen »Stans« verwechselt ... Heutzutage aber ist unsere Republik ständig in den Informationsdiensten der Welt präsent und gelangt aus höchst bemerkenswerten Anlässen in die Nachrichten, ... [...]

[...] Während in vielen demokratischen Ländern des Westens der paradoxe Effekt eines »Demokratiedefizits« zu beobachten ist, mit anderen Worten die Wähler die Wahlen ignorieren, ist, ganz im Gegenteil, in unserem Land die Wählerschaft für ihre aktive Teilnahme bekannt.

Experten erklären das damit, dass sich die kasachstanische Gesellschaft auf dem Höhepunkt ihrer Konsolidierung befindet. Für den Wähler im Westen lohnt es sich schon nicht mehr zu den Wahlen zu gehen, alles ist schon entschieden, und egal welcher politische Führer auch an die Macht gelangt, der Kurs bleibt der alte. In Kasachstan aber erinnert man sich nur zu gut der Krisenzeiten und erlaubt sich keine politische Passivität. Außerdem gibt es in den Nachbarstaaten genug Beispiele, bei denen ein politischer Kurswechsel zu sozialen Erschütterungen führte.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Nicht solche wie alle

»Expert Kasachstan«, No. 14 (305), 11.4.2011

<http://expert.ru/kazakhstan/2011/14/ne-takie-kak-vse/>

Von *Nikolaj Kusmin*

Die Präsidentschaftswahlen bildeten eine wichtige Etappe in der Schaffung einer neuen politischen Realität Kasachstans – der Vereinigung der gesamten kasachstanischen Gesellschaft um den Führer der Nation.

Am 8. April, nach der Zeremonie, mit der Nursultan Nasarbajew sein Amt angetreten hat, wurde eine Reihe von audiovisuellen Effekten vorgeführt, die darauf abzielten, ein Bild der Wahlen zu schaffen: demokratisch, ehrlich und gerecht; würdig, als Modell für kommende Politikergenerationen, Wähler und Beobachter zu dienen.

Bei der Arbeit bestand völliger Konsens darüber, wem es bestimmt ist, nächster Präsident des Landes zu werden – dass Nursultan Nasarbajew außer Konkurrenz stand, war allen Kandidaten schon im Moment ihrer Registrierung und bei der Präsentation ihrer Wahlkampfplattformen mitgeteilt worden. Deshalb haben sich die Kandidaten nicht durch einen sinnlosen Kampf gegeneinander abgelenkt, sondern alle Anstrengungen darauf gerichtet, den gleichen Zugang zu Zeitungen und Fernsehsendern sowie die Freiheit ihrer Meinungsäußerung und die gewachsene politische Kultur der kasachstanischen Gesellschaft zu demonstrieren.

Sieger der Wahl sollte nicht eine Person werden, sondern eine Idee, nämlich die, dass die wertvollste Eigenschaft der kasachstanischen Gesellschaft ihre Einheit ist. [...]

Der Kampf um Legitimität

Lange Zeit wurde die Ansicht vertreten, dass das Hauptkriterium für Ehrlichkeit und Transparenz eigentlich nur die Übereinstimmung mit internationalen Standards sei. [...]

Die internationale Anerkennung der Wahlen ist ohne Zweifel eine wichtige Angelegenheit, doch sie ist nicht ausschlaggebend für die Legitimität der Macht. Die Legitimität und Stabilität des politischen Regimes wird nicht durch internationale Beobachter garantiert, sondern durch die öffentliche Meinung. Die Wahlen müssen in erster Linie durch die Wähler und alle, die an den Wahlen teilgenommen haben, als frei, ehrlich und gerecht anerkannt werden. Mit anderen Worten, Wahlen sind dann ehrlich und gerecht, wenn die Gesellschaft es so befundet.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Kasachstan ging es nicht um den Sieg dieses oder jenes Kandidaten, sondern um die Einheit der kasachstanischen Nation. [...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Hundert (95,5 %)

Nowoje Pokolenije, 5.4.2011

<http://www.np.kz/index.php?newsid=7954>

Von *Juliana Schichor, Alla Iwanilowa*

[...]

Die jüngsten Wahlen haben nicht nur die Popularität des amtierenden Präsidenten im Volk bestätigt. Die Opposition, die der Idee nach von den drei übrigen Kandidaten verkörpert werden sollte, hat eine vernichtende Niederlage erfahren, eine viel schlimmere, als im Jahre 2005. Damals hatten alle Gegner Nasarbajews zusammen genommen etwas mehr als 8 % erhalten, diesmal aber fast um die Hälfte weniger. Die einzigen, die eine Art Sieg feiern können, sind die Volkskommunisten: im Jahre 2005 hatte ihr Kandidat nur 0,34 % erreicht.

Die Experten haben gleich ihre Schlussfolgerungen gezogen: es mag zwar eine Proteststimmung in Kasachstan geben, aber sie ist nicht sehr ausgeprägt. Und das bedeutet, dass dem Land in naher Zukunft keine Wiederholung des arabischen Szenarios droht. »Ja«, sagte ein Einwohner Astanas, der für Nasarbajew gestimmt hatte, »ich bin nicht mit allem zufrieden. Aber es sind gute Perspektiven vorhanden. Man muss das Gute nicht woanders suchen, wenn man es schon hat.«

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Präsidenten wählt man nicht

Moskowskij Komsomolez w Kasachstane, 8.4.2011

<http://www.mk.kz/component/content/article/33-politprocess/52-prezidentov-ne-vyberaut.html>

Von Danijar Aschimbajew

[...]

Man kann über Regelverletzungen und administrative Ressourcen reden so viel man will, aber seine (Nasarbajews, Anm. der Übersetzerin) Führerschaft in Frage zu stellen – das wäre einfach unvernünftig. Auf der einen Seite geht es um die unzweifelhaften Verdienste von Nursultan Nasarbajew selbst – politische, soziale und nationale Stabilität, Wirtschaftswachstum, eine aktive Sozialpolitik und ein relativ effektiv funktionierender Staatsapparat, internationales Ansehen und eine erfolgreiche geopolitische Position. Auf der anderen Seite arbeiten die Traditionen orientalischer Mentalität für den amtierenden Präsidenten – hier ist der Präsident nicht einfach nur Staatsoberhaupt, sondern auch Vater der Nation, Bewahrer der Tradition und Träger der höchsten Macht.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Ehrliche Worte über eine unehrliche Angelegenheit

Respublika-kaz.info, 8.4.2011

<http://respublika-kaz.info/news/politics/14144/>

Von Sergej Duwanow

[...]

Warum hatte Nasarbajew bei den Präsidentschaftswahlen keine wirklichen Konkurrenten?

Um diese Frage zu beantworten, muss man unbedingt klar stellen, was Nasarbajew mehr als alles auf der Welt fürchtet. Er fürchtet sich nämlich am meisten davor, seine Macht zu verlieren. Daher lautet die Hauptregel – man darf keinen Anlass dafür schaffen. Jeder mögliche Kandidat kann ein Anlass sein, die Macht zu verlieren.

[...]

Aber die Normen des demokratischen Anstands fordern, dass bei Wahlen Alternativen zur Verfügung stehen, und daher bestimmt Nasarbajew bei jeder Wahl, nachdem er die nicht genehmten Kandidaten aussortiert hat, wer diese »Alternative« darzustellen hat.

[...]

In der Tat, hätten die Machthaber die Wahlen ehrlich durchgeführt, ohne all die gegenwärtigen hässlichen Unregelmäßigkeiten, hätte Nasarbajew auch nicht weniger als 60 % erhalten. Das bestätigen die Daten zahlreicher soziologischer Untersuchungen mit Gewissheit. Und auch auf der Ebene der öffentlichen Meinung spüren wir alle, dass die Wählerschaft, die durch die offizielle Propaganda willenlos wie ein Zombie gemacht wurde, in ihrer Mehrheit für den »Führer der Nation« ist. Das wissen auch die Herrschenden. Warum macht man dann nicht alles auf ehrliche Weise? Warum wollten sie nicht aller Welt diese ihre ehrlichen 60 % demonstrieren? Und sagen: Hier, steckt ein, Opposition und Missgünstige! Aber nein! Hartnäckig verderben sie mit ihren administrativen Manipulationen das Erreichte und machen damit die Legitimität der Herrschaft Nasarbajews zunichte.

Es ist schwer zu glauben, aber die Ursache liegt in einer elementaren menschlichen Furchtsamkeit. Der Mensch ist schwach! Ehrliche Wahlen sind trotz allem ein Risiko, und Risiken liebt der Hausherr der »Ak Orda« (Weißes Haus, Amtssitz des Präsidenten, Anm. der Übersetzerin) nicht. Deshalb fügt er seinen legalen 60 % Unterstützung jedes Mal noch 30 % hinzu, sozusagen als Rückversicherung. Am erstaunlichsten aber ist, dass es neutrale Experten gibt, die eine solche Praxis der Durchführung von Wahlen in Kasachstan allen Ernstes für völlig gerechtfertigt und sogar zweckdienlich halten. Das ist, meiner Ansicht nach, nun wirklich bereits offene intellektuelle Prostitution.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Der Sieg Nasarbajew: Wie sie das hinbekommen haben

Pravda.ru, 4.4.2011

<http://www.pravda.ru/world/formerussr/other/04-04-2011/1072347-nazar-0/>

Von Sergej Balmasow und Wadim Truchatschew

[...]

Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass bei dieser Wahl aktiv administrative Ressourcen eingesetzt wurden und dass die Behörden je nach Region noch 15–20 % der Stimmen zusätzlich für Nasarbajew notiert haben.

Diese Vermutungen bestätigt jeder Einheimische, um so mehr als klar ist, dass die Wahlkampfleidschaften hier kaum überkochten und die schlappe Wahlkampagne solche erstaunlichen »Output«-Zahlen nicht vermuten ließ.

Auf jeden Fall können solche Geschichten eine offensichtliche Wahrheit nicht in Frage stellen: Nasarbajew ist der absolute Favorit und bei einer tatsächlichen Wahlbeteiligung von 60–65 % dürfte er 65–70 % der Stimmen bekommen haben. Es war von Anfang an klar, dass er keine Konkurrenten hat, aber die eifrigen Vertreter der Macht vor Ort waren entschlossen, einander darin zu überbieten, ihm das beste Ergebnis zu liefern.

Aber das hat offenkundig zu nichts geführt. Nun haben sie Nasarbajew mit solchen Resultaten nur zusätzliche Probleme beschert. Es ist völlig klar, dass man im Westen nicht an solche Ergebnisse glaubt und sie als gefälscht ansehen wird, was aber nicht daran hindert, sie rein formal anzuerkennen.

Was aber die Frage angeht, warum das Volk, unter ihnen auch die ethnischen Russen, massenhaft für den Kasachen Nasarbajew gestimmt hat, so lässt sich das einfach erklären. Die Angehörigen aller Nationalitäten brauchen Stabilität. Was es auch sonst für Probleme geben mag, eben mit Nasarbajew verbindet man das Aufblühen Kasachstans – vor allem im Vergleich mit den übrigen südlichen Republiken. Den Kasachstanern steht besonders deutlich das Beispiel des benachbarten Kirgistan vor Augen, das von politischen Gegensätzen zerrissen wird. In Kasachstan sind praktisch alle kriminellen Gruppierungen ziemlich hart bekämpft worden, darunter auch ethnische, was sich von vielen anderen Nachbarn Kasachstans nicht sagen lässt. Die Frage ist bloß, wie lange diese Stabilität noch andauern wird. Nasarbajew ist schon 70 Jahre alt und mit jedem Jahr lässt seine Kraft mehr nach. Und schon jetzt beginnen die Vertreter verschiedener Clans und Gruppierungen, sein Erbe untereinander aufzuteilen.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Kasachstan vor den Präsidentschaftswahlen – ein Stimmungsbild

Erstellt von: International Republican Institute (www.iri.org) und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization (www.gallup.com) mit finanzieller Unterstützung von National Endowment for Democracy (NDI)

Herunterzuladen von: <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Durchführungszeitraum: 17.–28. Februar 2011

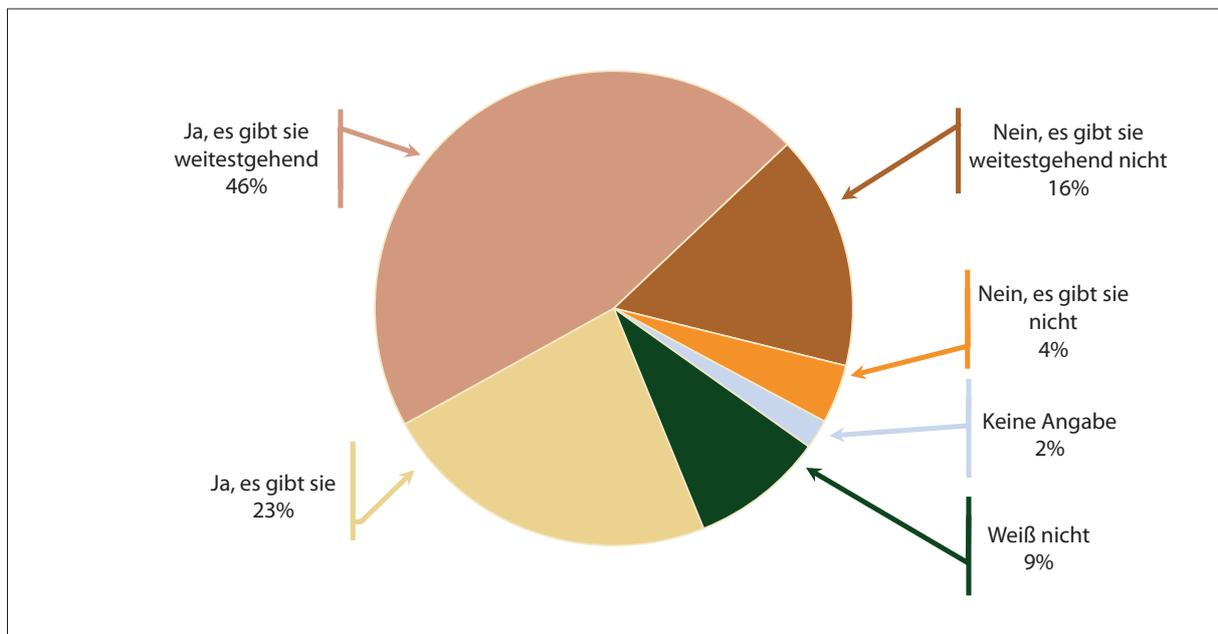
Beschreibung:

Für die Meinungsumfrage wurden von IRI und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization 1.521 volljährige Bewohner Kasachstans befragt. Ihre Auswahl ist weitgehend repräsentativ (regional, Stadt-Land, Alter, Bildungsgrad, Geschlecht, Nationalität).

Zum Zeitpunkt der Befragung war die vorzeitige Präsidentschaftswahl beschlossen und gesetzlich abgesichert. Die Vorbereitungen fanden bereits statt, d. h. Bewerber um die Kandidatur waren dabei, den Sprachtest abzulegen und Unterschriften von Unterstützern zu sammeln. Der offizielle Beginn des Wahlkampfes stand aber noch bevor.

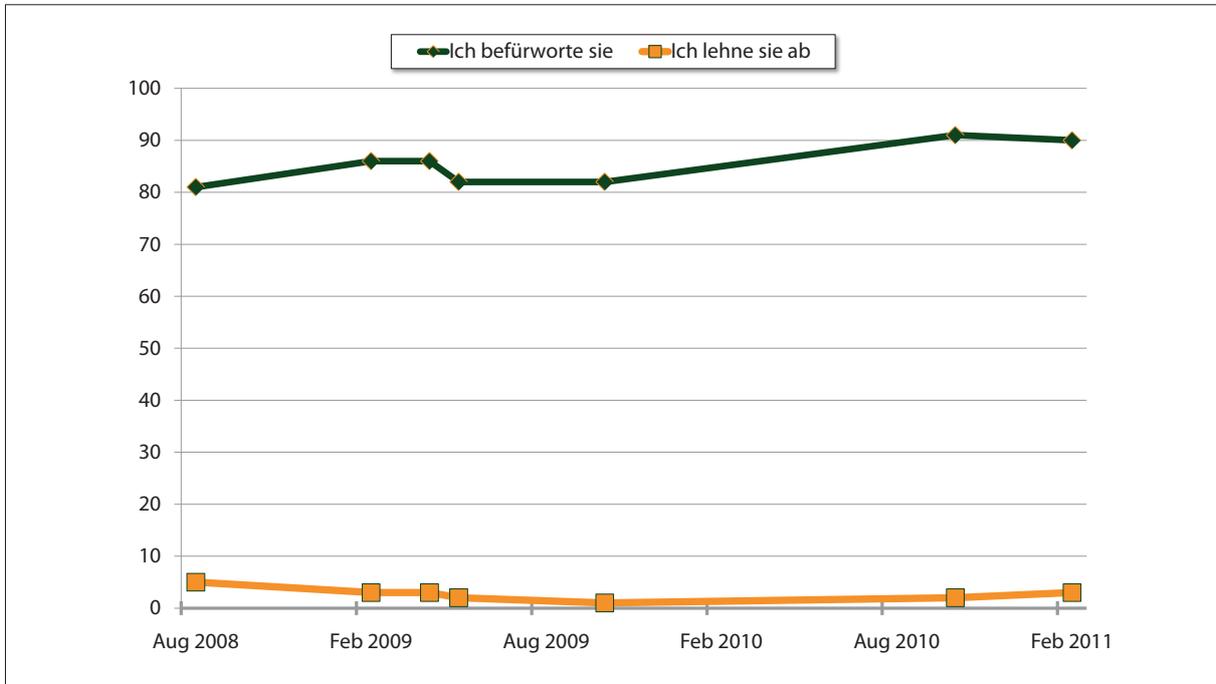
Die Ergebnisse der Meinungsumfrage wurden erst zwei Wochen nach den Wahlen, am 19. April 2011, veröffentlicht. Fast die Hälfte der Fragen hatte einen direkten Bezug zur vorgezogenen Präsidentschaftswahl, es ging aber auch um eine Einschätzung der gesamtpolitischen Lage Kasachstans sowie der Arbeit der Regierung und vieler weiterer Institutionen. Im Folgenden finden Sie einige für die nachträgliche Einschätzung der Wahlergebnisse besonders wichtig erscheinende Meinungsbilder.

Grafik 1: Gibt es nach Ihrer Meinung Demokratie in Kasachstan?



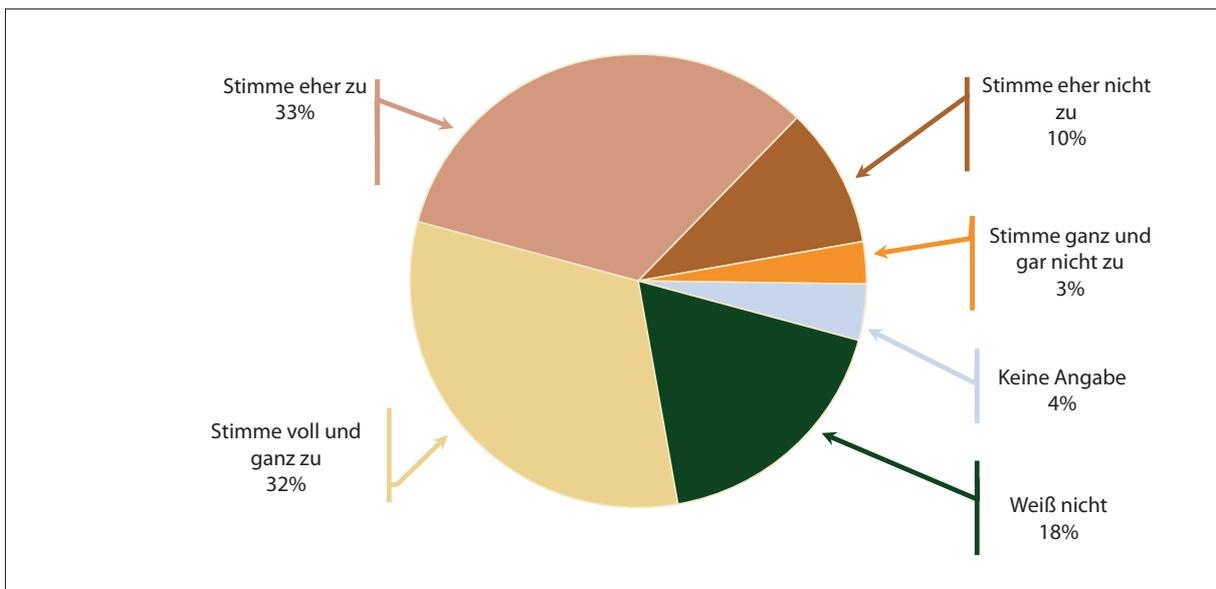
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 21, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Grafik 2: Wie stehen Sie zur Art der Amtsführung des Präsidenten Nursultan Nasarbajew?



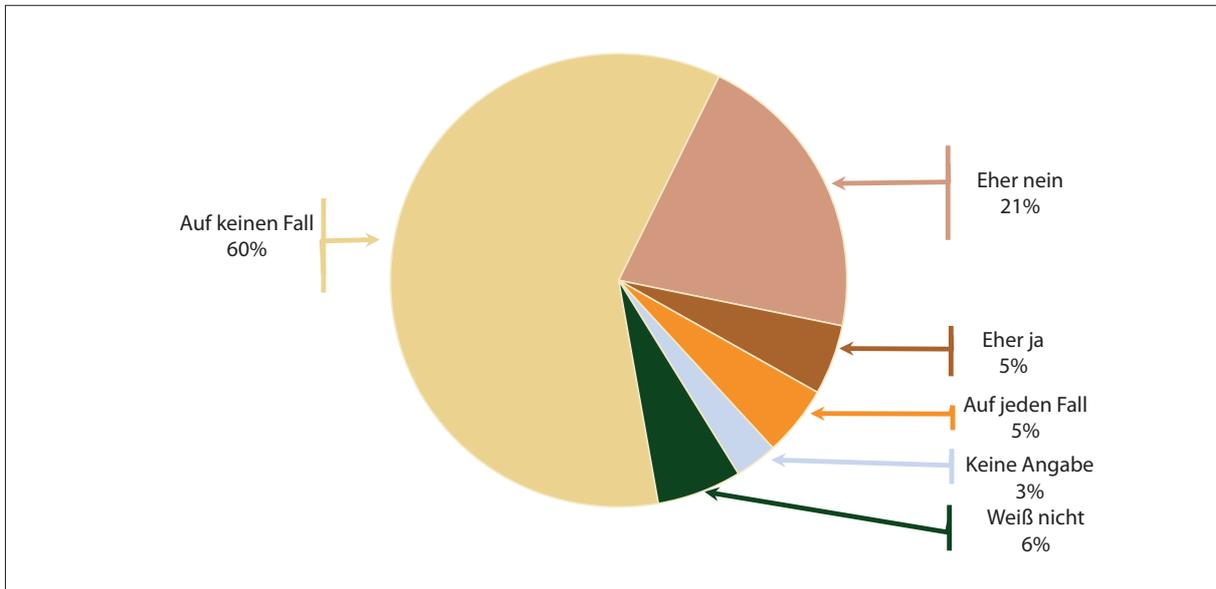
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 24, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Grafik 3: Stimmen Sie der Regierungsentscheidung zu, Änderungen in der Verfassung vorzunehmen, die vorzeitige Präsidentenwahlen erlauben, anstelle der Wahlen im Jahr 2012?



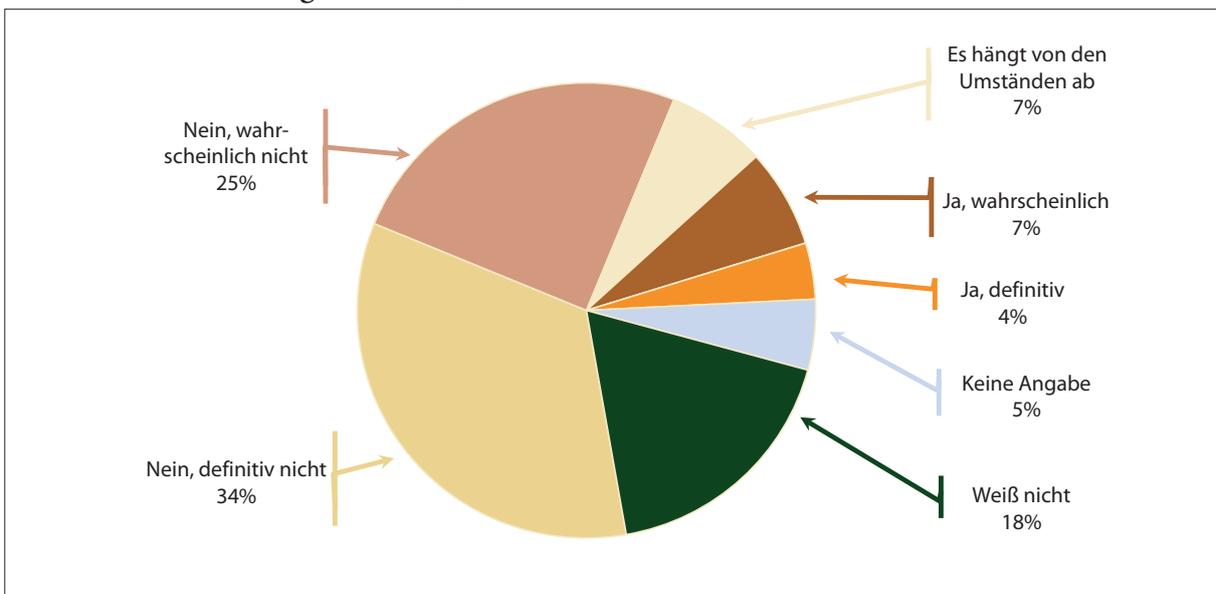
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 28, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Grafik 4: Es hat Forderungen nach dem Rücktritt Präsident Nasarbajews gegeben. Was meinen Sie, sollte er zurücktreten oder nicht?



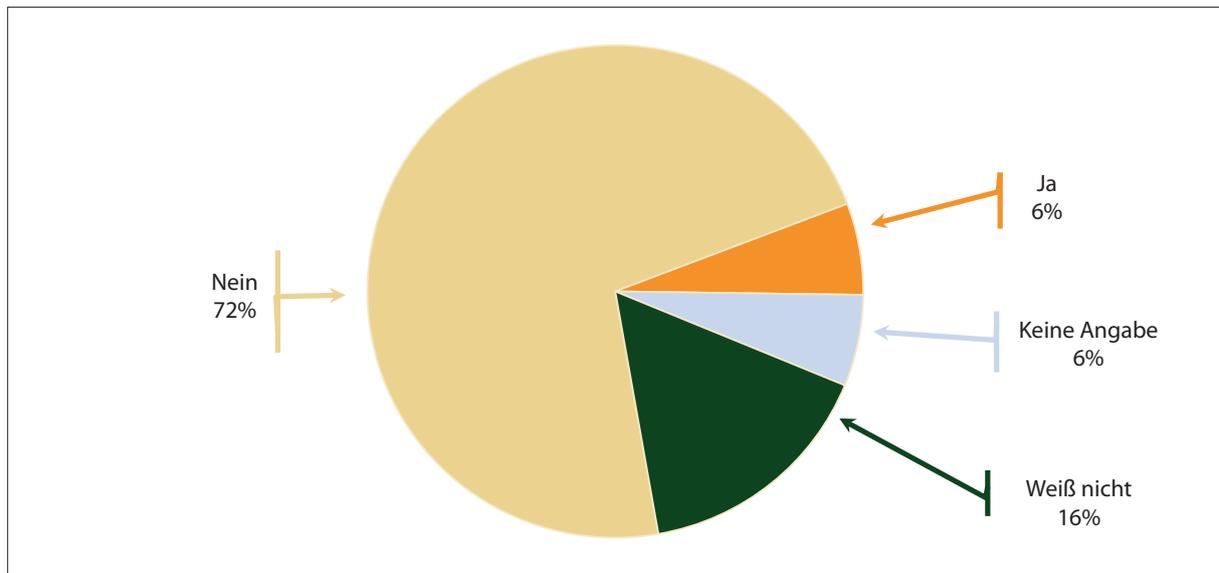
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 30, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Grafik 5: Wenn die Oppositionsgruppen sich auf die Unterstützung eines Oppositionskandidaten einigen könnten, würden Sie ihn dann unterstützen oder nicht?



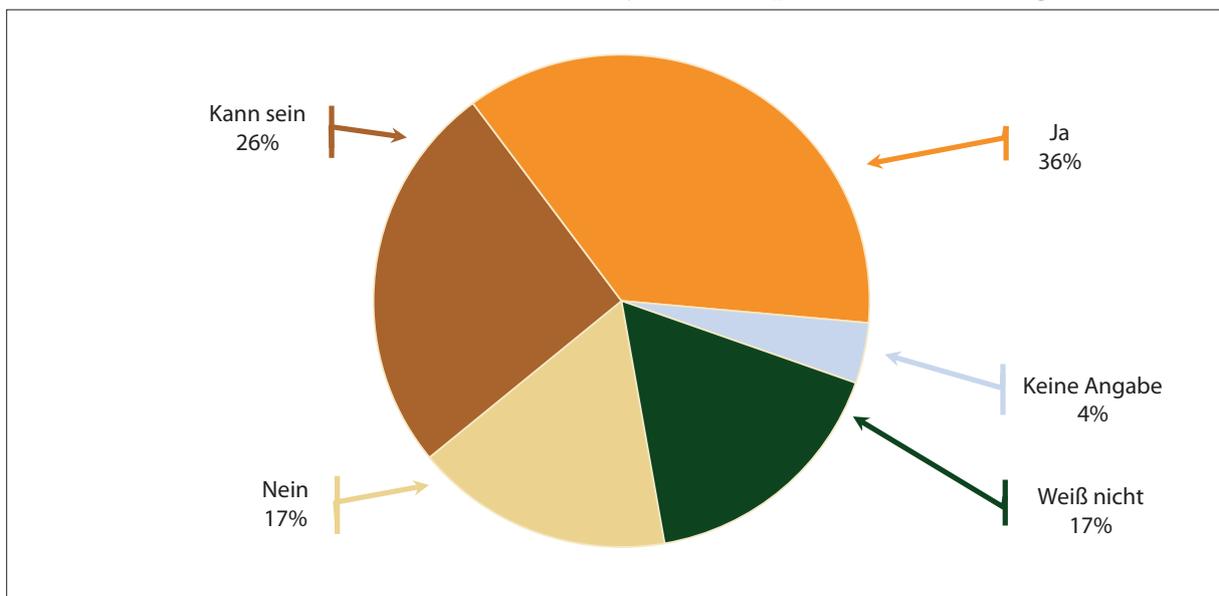
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 39, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Grafik 6: Einige Oppositionsgruppen denken über einen Boykott der Wahlen nach, weil sie meinen, dass Nasarbajew durch die vorgezogenen Wahlen die Konkurrenz eines Gegenkandidaten in den Wahlen 2012 umgeht. Würden Sie einen Boykott der Wahlen unterstützen?



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 40, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

Grafik 7: Wenn Sie an die nächsten Jahre denken, meinen Sie dass es ein Stabilitätsrisiko für das Land ist, wenn Präsident Nasarbajew keinen potentiellen Nachfolger ernennt?



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 17.–28. Februar 2011, S. 45, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kazakhstan-public-opinion-4>

CHRONIK

Vom 19. März bis zum 22. April 2011

Kasachstan

22.3.2011	Die staatliche Korea National Oil Corp. kauft für 515 Mio. US-Dollar 95 % der kasachstanischen Tochterfirma des in Großbritannien ansässigen Unternehmens Arawak, Altius Holdings, die Rechte für den Abbau von Mineralölvorkommen in Kasachstan besitzt.
22.3.2011	Amnesty International ruft die kasachstanische Führung auf, die Auslieferung von 25 Usbeken, die in Usbekistan wegen islamistischer Bestrebungen verfolgt werden, zu stoppen. AI fordert dazu auf, entsprechende Briefe an Präsident Nursultan Nasarbajew, Außenminister Kanat Saudabajew sowie Generalstaatsanwalt Kairat Mami zu senden.
24.3.2011	Präsident Nasarbajew ruft Kairat Abdurachmanow von seinem Posten als ständiger Vertreter Kasachstans bei der OSZE ab und ernennt ihn zum Botschafter Kasachstans in Österreich.
24.3.2011	Präsident Nasarbajew eröffnet nach einer Rekonstruktion das Haus der Freundschaft – Zentrum für Erforschung von Problemen in den zwischenethnischen Beziehungen in Almaty.
24.3.2011	Präsident Nasarbajew unterzeichnet das Gesetz über das Statut des Gerichtshofes der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft.
24.3.2011	Bei verschiedenen Staatsorganen sind bislang mehr als 50 Beschwerden über Verletzungen des Wahlablaufs eingegangen, meldet der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft.
24.3.2011	Ein Moskauer Stadtgericht erklärt zum zweiten Mal die Auslieferung der ehemaligen Top-Managerin der BTA-Bank, Weronika Jefimowa, an Kasachstan für rechtmäßig. Im Juni 2010 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angeordnet, die Auslieferung auszusetzen.
24.3.2011	Die Zentrale Wahlkommission ist mit dem am 20.3. veröffentlichten Zwischenbericht von ODIHR/OSZE über Verletzungen des Wahlprozesses nicht einverstanden, teilt der stellvertretende Leiter der ZWK, Wladimir Foos, mit.
24.3.2011	Außenminister Kanat Saudabajew diskutiert mit der Schweizer Präsidentin Micheline Calmy-Rey am Telefon die weitere Zusammenarbeit beider Staaten.
24.3.2011	Das Committee to Protect Journalists appelliert an die Autoritäten in Kasachstan, im Fall des ermordeten kirgisischen Journalisten Gennadij Pawljuk seine berufliche Tätigkeit als Tatmotiv in Erwägung zu ziehen.
25.3.2011	Die Anzahl der Beschwerden über Folter in Strafvollzugsanstalten hat sich im Jahr 2010 halbiert, teilt Askar Schakirow, Ombudsmann für Menschenrechte, mit. Die Situation habe sich insgesamt verbessert, auch wenn sie weit entfernt davon sei, ideal zu sein.
25.3.2011	Der Vorsitzende der öffentlichen Kommission zur Überwachung der Präsidentschaftswahlen, Nurlan Jerimbetow, stellt fest, dass alle Präsidentschaftskandidaten bis auf den amtierenden Präsident Nasarbajew sich im Wahlkampf sehr passiv verhalten.
25.3.2011	Der ehemalige Chef der Nauryz Bank Kasachstan, Urasaly Jerschanow, gegen den u. a. Vorwürfe wegen Finanzvergehen erhoben werden, wird von Moskau an Kasachstan ausgeliefert.
25.3.2011	Der Direktor des WWF Russland, Igor Tschestin und Premierminister Karim Massimow besprechen die mögliche Errichtung eines Schutzgebietes für Tiger südlich des Balchaschsees.
26.3.2011	Bei der Qualifizierung für die Europameisterschaft 2012 verliert Kasachstan im Spiel gegen Deutschland mit 0:4.
26.3.2011	In Bujratau (Gebiet Karaganda) wird ein Naturschutzpark gegründet, um die Steppenlandschaft zu bewahren.
28.3.2011	Für Mitarbeiter der Sicherheitskräfte wird es Ausbildungsangebote im Bereich Menschenrechte geben, kündigt Tastemir Abischew, Sekretär der Präsidenten-Kommission für Menschenrechte an. Außerdem hält die Kommission es für notwendig, das internationale Protokoll zur vollständigen Abschaffung der Todesstrafe zu ratifizieren. In Kasachstan besteht seit 2002 ein Moratorium, das die Anwendung der Todesstrafe aussetzt.
28.3.2011	Die Zentrale Wahlkommission teilt mit, dass sie 1052 internationale Wahlbeobachter, u.a von ODIHR/OSZE, GUS und SCO akkreditiert hat.
29.3.2011	Kasachstan wird im nächsten Jahr voraussichtlich etwa 20 t Uran fördern, erklärt der Generaldirektor von Kazatomprom, Serik Koschachmetow.
29.3.2011	Nach den Worten von Dujsenbaj Turganow, Vizeminister für Industrie und neue Technologien, wird man nach den Erfahrungen mit dem japanischen Atomkraftwerk Fukushima die Anforderungen für den Bau von Atomkraftwerken in Kasachstan neu überdenken.

29.3.2011	Ein Stadtgericht in Uralsk gibt der Klage eines Bauunternehmens statt und verpflichtet die Zeitung Uralskaja Nedelja dazu, 20 Mio. Tenge (137.700 US-Dollar) als Kompensation für den moralischen Schaden zu zahlen, der ihm durch einen im Dezember letzten Jahres veröffentlichten Artikel entstanden sei. Der Beitrag hatte zwei fehlerhafte Behauptungen enthalten, die von der Zeitung nach Forderungen des Unternehmens richtig gestellt worden waren.
29.3.2011	Schardem Batyrow, Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft von Atyrau, wird von Unbekannten mit einer Feuerwaffe angegriffen und verletzt.
30.3.2011	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht auf ihrer Internetseite eine Gegendarstellung zum Zwischenbericht von ODIHR/OSZE über den bisherigen Ablauf der Wahlvorbereitungen und des Wahlkampfes.
30.3.2011	Die Redaktion der oppositionellen Zeitung Golos Respubliki meldet, dass ihr Herausgeber, Danijar Moldaschew, verschwunden sei. Am gleichen Tag sei Moldaschew auf dem Weg vom Flughafen nach seiner Rückkehr aus Moskau beraubt und verletzt worden.
30.3.2011	Kasachstan werde direkt zum Euro-5 Standard der Benzinproduktion wechseln und damit die Stufen Euro-3 und Euro-4 überspringen, kündigt der Minister für Mineralöl und Gas, Sauat Mynbajew, an.
30.3.2011	Die russische Kernenergie-Agentur Rosatom und der kasachstanische Uranproduzent Kazatomprom unterzeichnen ein Memorandum über Zusammenarbeit im Bereich der Seltenen Erden, teilt der Rosatom-Chef Sergej Kirijenko mit. Außerdem kauft Kazatomprom Anteile an Russlands größter Anreicherungsanlage in Nowouralsk.
30.3.2011	Russland und Kasachstan unterzeichnen einen Vertrag über den Bau eines Kernkraftwerks in der Nähe von Aktau, das 2016 in Betrieb gehen soll. Der für den Bau vorgesehene russische Reaktortyp BWP-300 soll der sicherste der Welt sein, behauptet der Chef von Rosatom Sergej Kirijenko.
30.3.2011	Tamara Kalejewa, die Vorsitzende der NGO Adil Soz (Ehrliches Wort), beklagt, dass die Gerichte durch die Verhängung von finanziellen Strafen versuchten, unabhängige Medien auszuschalten. Jüngste Beispiele seien die Verurteilung der Uralskaja Nedelja, zu einer Strafe von etwa 135.000 US-Dollar oder von Megapolis in Almaty, die zur Zahlung von 101.300 US-Dollar wegen fehlerhafter Berichterstattung verurteilt wurde.
31.3.2011	Die Organisation Reporter ohne Grenzen fordert die Polizei Kasachstans auf, nach dem aus unbekanntem Gründen verschwundenen Herausgeber der Zeitung Golos Respubliki, Moldaschew, zu suchen.
31.3.2011	Nach Angaben der Abteilung für innere Angelegenheiten der Stadt Almaty wurde der Herausgeber der Zeitung Golos Respubliki weder entführt noch ausgeraubt. Er habe, nachdem er zusammengeschlagen wurde, die Polizei gebeten, keine Ermittlungen einzuleiten und sei zum jetzigen Zeitpunkt privat verweist.
31.3.2011	Auf der Internetseite des Finanzministeriums wurde ein neuer Bereich für das »Bürger-Budget« eingerichtet, um Forderungen nach mehr Transparenz gerecht zu werden, teilt Finanzminister Bolat Schamischew mit. In diesem Bereich soll in verständlicher Weise das Staatsbudget erläutert werden.
1.4.2011	In Kasachstans Strafkolonien gibt es nicht genügend Personal und Sachmittel, um mit HIV infizierte und an Tuberkulose erkrankte Inhaftierte zu versorgen, teilt der Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Ost-Kasachstans für Überwachung von Gesetzlichkeit von Strafvollzug und Rehabilitation, Wiktor Podresow, mit.
1.4.2011	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Turgankulow, stellt sich den Fragen der Gruppe Sa dostojnoje schilje (Für würdiges Wohnen), die fordert, dass auf den Wahlzetteln für die Präsidentschaftswahl die Option, gegen alle Kandidaten zu stimmen, aufgenommen wird.
1.4.2011	Die Vorsitzende des Rats der Direktoren von Almaty Investment Management, Saule Bektemisowa, wird von der Abteilung für Kampf mit Wirtschafts- und Korruptionsverbrechen zur internationalen Fahndung ausgeschieden.
1.4.2011	Die Agentur für Statistik meldet, dass die Inflationsrate im März 0,5 % betragen habe, die Lebensmittelpreise seien um 0,9 % gestiegen.
2.4.2011	Das Verschwinden des Abgeordneten Marat Kamsebajew war eine Schutzmaßnahme wegen einer Mordwarnung, erklärt das Innenministerium. Der gefasste verdächtige Auftraggeber des Mords ist Kamsebajews Schwiegersohn.
3.4.2011	In ganz Kasachstan finden die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen statt.
3.4.2011	Am Morgen des Wahlsonntags wird in Pawlodar ein 53-jähriger Mann beim Versuch, eine Anzeigetafel mit der Abbildung des Präsidenten Nasarbajew anzuzünden, festgenommen.
3.4.2011	Der stellvertretende Leiter der Gesundheitsverwaltung des Gebietes Westkasachstan G. Ljamow wird auf Grund von Wahlrechtsverletzung entlassen. Er habe alle medizinischen Einrichtungen der Region aufgefordert, eine 100%ige Teilnahme an den Wahlen sicherzustellen, meldet die Generalstaatsanwaltschaft.

3.4.2011	Der Präsidentschaftskandidat Mels Jeleusisow gibt seine Stimme für Nursultan Nasarbajew ab, nach seinen Worten sei dies Ausdruck seines Respekts vor dem Amtsinhaber.
3.4.2011	Die Wahlkommission der Stadt Astana bestreitet Gerüchte, dass eine Person massenhaft Wahlzettel in die Wahlurne geworfen habe.
3.4.2011	Mitglieder der Partei Asat werden während des Wahltages per SMS bedroht, meldet Zonakz.net. Die oppositionelle Partei hatte im Vorfeld angekündigt, die Wahlen zu boykottieren.
4.4.2011	Bei ihren Pressekonferenzen kommen die Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE und der GUS zu sehr unterschiedlichen Bewertungen der Präsidentschaftswahl. Letztere äußern sich zufrieden, während die OSZE vielerlei Mängel beklagt.
4.4.2011	Die Redaktion der Zeitung Golos Respubliki meldet, dass ihr verschwundener Herausgeber Moldaschew sich in Minsk befinde und laut Angaben seines Bruders zunächst nicht nach Kasachstan zurückkehren werde.
5.4.2011	Das Stadtgericht Aktobe verurteilt das Unternehmen CNPC-Aktobemunajgas zur Zahlung einer Entschädigung von 500.000 Tenge (3.439 US-Dollar) an die Witwe eines Mitarbeiters, der bei einem von dem Unternehmen verschuldeten Unfall ums Leben kam.
5.4.2011	Auf der Internetpräsenz des Obersten Gerichts (www.supcourt.kz) können ab sofort Informationen über den Verlauf der sich bei den Gerichten Kasachstans in Bearbeitung befindlichen Fälle samt Kopien der Gerichtsakten und Namen der Richter online aufgerufen werden.
5.4.2011	Beibut Mamrajew, Direktor der staatlichen Universität von Öskemen, und die Vertreterin der UNICEF in Kasachstan, Hanaa Singer, vereinbaren die Aufnahme der Themen Kinderrecht und Jugendjustiz in den Lehrplan an den Staatsverwaltungs- und Rechtsfakultäten der Universität, meldet KazInform.
6.4.2011	Kazatomprom plant seine Uranreserven von 1,9 auf 2,8 Mio. t aufzustocken, diese Menge soll länger als 100 Jahre reichen.
6.4.2011	Die Redaktion der Zeitung Golos Respubliki fordert, dass sofort ein Strafverfahren wegen eines Raubüberfalls auf den Herausgeber der Zeitung Moldaschew erhoben wird.
6.4.2011	Der Vorsitzende des Staatsfonds Samruk-Kazyna, Kairat Kelimbetow, fordert auf dem zweiten Bergbau Forum MINEX Central Asia 2011 in Astana, dass die Bergbauindustrie Kasachstans erneuert und modernisiert werden muss.
7.4.2011	Die Goldproduktion Kasachstans hat sich im Jahr 2010 auf 29,9 t verdreifacht und soll bis 2014 auf jährlich 70 t gesteigert werden.
7.4.2011	Nach Berechnungen der Agentur für Statistik betrug das Existenzminimum im März 2011 15.609 Tenge (107 US-Dollar) und ist damit im Vergleich zum März des Vorjahres um 22,8 % gestiegen.
7.4.2011	Das Parlament ratifiziert ein neues Gesetz, mit dem die Gaspreise schrittweise bis auf das Preisniveau Russlands erhöht werden sollen.
7.4.2011	Der aus Kasachstan stammende Oligarch und Führungsmitglied des Jüdischen Weltkongresses, Aleksandr Maschkewitsch, teilt mit, dass er in den nächsten Monaten einen internationalen jüdischen proisraelischen Fernsehsender gründen werde, meldet IzRus.
7.4.2011	Korrumpierte Beamte können bis zu 20 % der Gesamtkosten eines Projekts verursachen, erklärt Umut Schajachmetowa, Direktorin der Chalyk Bank, bei einem informellen Treffen mit Journalisten.
8.4.2011	Beim live im kasachstanischen Fernsehen übertragenen Amtseid in kasachischer Sprache soll Präsident Nasarbajew acht Grammatikfehler gemacht haben, melden mehrere Medien. In seiner anschließenden Rede kündigt der Präsident an, dass die Gesellschaft weiter demokratisiert und die Macht des Parlaments gestärkt werden solle.
8.4.2011	Nachdem die Regierung entsprechend der Verfassung nach der Amtseinführung des Präsidenten zurückgetreten war, wählt das Parlament, wie von Präsident Nasarbajew vorgeschlagen, den bisherigen Premierminister Massimow, wieder in dieses Amt. Die Neubesetzung der Ministerien findet in den folgenden Tagen statt.
10.4.2011	Ein Stadtgericht in Petropawlowsk (Gebiet Nordkasachstan) verurteilt den Unternehmer Maksim Kalinin zur Zahlung von 739.960 Tenge (5.090 US-Dollar) an den Künstler Walerij Krestnikow. Kalinin hatte ein Bild des Künstlers ohne dessen Zustimmung für eine Produktverpackung verwendet.
10.4.2011	Ein Mitarbeiter der Botschaft Kasachstans in Duschanbe wird von Betrunkenen zusammengeschlagen.
11.4.2011	Der Wasserstand der Flüsse im Gebiet Westkasachstan steigt, 783 Personen wurden evakuiert, meldet das Notstandsministerium.

11.4.2011	Der kasachstanische Wohltätigkeitsfonds Ajala übergibt Kinder-Reanimationsgeräte im Wert von 38,8 Mio. Tenge (267.000 US-Dollar) an fünf Geburtskliniken in Almaty.
11.4.2011	Kasachstan stellt 1 Mio. US-Dollar sowie 33 t Fleischkonserven als Hilfe für die japanischen Erdbebenopfer zur Verfügung, teilt das Außenministerium mit.
11.4.2011	In Almaty findet die zweite Verhandlungsrunde über Freihandel zwischen den Mitgliedsstaaten der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) statt.
12.4.2011	Die Stadt Almaty plant 34 städtische Märkte zu schließen, weil sie städtebaulichen Vorschriften nicht entsprechen, meldet die Stadtverwaltung für Architektur und Städtebau.
12.4.2011	Das nominelle Pro-Kopf-Einkommen betrug im Februar 2011 42.344 Tenge (291 US-Dollar) und ist um 20 % im Vergleich zu Februar 2010 gestiegen, meldet die Agentur für Statistik.
12.4.2011	Timur Kulibajew, Schwiegersohn des Präsidenten, wird zum neuen Vorsitzenden des Staatsfonds Samryk-Kasyna ernannt.
13.4.2011	Das Parlament ratifiziert ein Übereinkommen, das den USA die Nutzung des kasachstanischen Luftraumes für Transportflüge nach Afghanistan erlaubt.
13.4.2011	Die Agentur für den Kampf gegen Wirtschafts- und Korruptionsverbrechen meldet, dass die Zahl der Fälle ungesetzlicher Einmischung von Staatsangestellten in Angelegenheiten mittlerer und kleiner Unternehmen gestiegen sei. Meistens würden sie während staatlicher Kontrollen erfolgen, so der offizielle Vertreter der Finanzpolizei, Murat Schumanbaj.
14.4.2011	In Almaty findet die Premiere des Films Der Himmel meiner Kindheit statt, der auf den Werken Präsident Nasarbajews basiert und seine Kindheit und Jugend darstellt.
14.4.2011	Die Überschwemmungen im Westen Kasachstans nehmen weiter zu. Inzwischen stehen mehr als 1100 Wohnhäuser und 2000 Datschen unter Wasser, 6180 Personen wurden evakuiert.
14.4.2011	Auf der Wissenschaftskonferenz Welt gegen Krebs in Almaty wird bekannt gegeben, dass das größte Krebs-Zentrum Zentralasiens in Kasachstan gebaut wird. Süd-Korea investiere etwa 300 Mio. US-Dollar in dieses Projekt und übernehme den Bau des Zentrums.
15.4.2011	Die Lebensmittelpreise sind im ersten Quartal 2011 um 6 % gestiegen, meldet die Agentur für Statistik.
15.4.2011	Das Unternehmen Intergas Zentralnaja Asija zahlt 400.000 Tenge (2.752 US-Dollar) für von ihm verursachte Umweltschäden, teilt die zuständige Staatsanwaltschaft im Gebiet Atyrau mit.
15.4.2011	In Dagestan werden vier junge Bürger Kasachstans festgenommen, die sich dort islamistischen Kämpfern angeschlossen hatten. Sie bereuen ihr Verhalten und bitten um Vergebung, meldet Fergananeews.com.
16.4.2011	Die Juristin der NGO Adil Soz, Ganna Krasilnikowa, weist darauf hin, dass durch ein neues Gesetz juristische Personen kein Recht mehr auf Entschädigung für moralischen Schaden durch Massenmedien und Journalisten haben.
16.4.2011	Präsident Nasarbajew empfängt den indischen Premierminister Manmohan Singh, u. a. wird eine Zusammenarbeit im Mineralölsektor vereinbart.
17.4.2011	In seiner Rede vor der Versammlung des Volkes Kasachstans äußert Präsident Nasarbajew den Wunsch, bis 2030 im Amt zu bleiben. Er kritisiert die Benachteiligung von Staatsbürgern, die kein Kasachisch verstehen und kündigt die strenge Überwachung religiöser Sekten an.
19.4.2011	Präsident Nasarbajew nimmt an einer internationalen Tschernobyl-Konferenz zur Nuklearsicherheit in Kiew teil. Am Rande der Veranstaltung trifft er mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zusammen.
19.4.2011	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Abkommen der SCO über die gemeinsame Ausbildung von Anti-Terror-Spezialisten.
19.4.2011	Ein Gericht in Karaganda verurteilt zwei Geologen wegen Hochverrats zu langen Haftstrafen, weil sie geheime Informationen an einen chinesischen Staatsbürger verkauft hatten.
20.4.2011	Präsident Nasarbajew trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Estland ein, bei dem er mit Präsident Toomas H. Ilves und Premierminister Andrus Ansip über eine verstärkte Zusammenarbeit u. a. im IT-Bereich sprechen wird.
21.4.2011	Das Justizministerium teilt mit, dass anlässlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans ca. 4.500 Häftlinge amnestiert würden und 10.000 anderweitig Verurteilten ihre Strafe erlassen würde.
21.4.2011	Der Anteil chinesischer Unternehmen am Mineralöl- und Gas-Sektor Kasachstans beträgt 24 %, meldet Minister für Mineralöl und Gas, Sauat Mynbajew.

Kirgistan

20.3.2011	Die Strafverfolgungsbehörden melden die Festnahme von Kamtschibek Kolbajew, dem meistgesuchten Kriminellen des Landes, der aus dem Gefängnis, wo er eine 25-jährige Freiheitsstrafe verbüßte, geflohen war.
21.3.2011	Während eines zweitägigen Arbeitsbesuches in verschiedenen Städten im Süden Kirgistans ruft Präsidentin Rosa Otunbajewa zur Versöhnung auf.
21.3.2011	Die Nachrichtenagentur Kabar meldet, dass 2010 im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der ausländischen Touristen um knapp 28 % und die Einnahmen aus dem Tourismus um fast 40 % gesunken sind.
22.3.2011	Bei einer Demonstration im Zentrum von Bischkek fordern die Verwandten von Opfern der Zusammenstöße im Süden Kirgistans im Juni 2010 die Verurteilung der Schuldigen und Entschädigungen.
22.3.2011	Die drei Mehrheitsfraktionen im Parlament bilden, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, einen Koalitionsrat mit 12 Mitgliedern aus den drei beteiligten Parteien.
22.3.2011	Außenminister Ruslan Kasakbajew gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass die russische Regierung Hilfe in Form von Saatgut und Diesel für die kirgisische Landwirtschaft zugesagt habe.
22.3.2011	Kamtschibek Taschijew, der Führer der Parlamentsfraktion von Ata-Schurt, erklärt nach einer Fraktionsitzung, dass die Frage des Rückzugs seiner Partei aus der Regierung von der Antwort des Regierungschefs auf Änderungsforderungen der Fraktion am Koalitionsvertrag und einer Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage im Land abhängt.
22.3.2011	Energieminister Askarbek Schadjijew erklärt auf einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen des Moskaubesuches von Premierminister Almasbek Atambajew, dass Russland seine Investitionen für den Bau des Kambarata 1-Wasserkraftwerkes, dessen Kosten stark gestiegen sind, erhöhen werde.
22.3.2011	Im Gebiet Batken wird ein Mitglied der verbotenen Hizb ut-Tahrir verhaftet und extremistische Literatur im großen Umfang beschlagnahmt.
23.3.2011	Der Text der Koalitionsvereinbarung zwischen den drei Regierungsparteien wird veröffentlicht und damit eine Forderung der Partei Ata-Schurt erfüllt.
23.3.2011	Premierminister Atambajew erklärt auf einem kirgisisch-russischen Wirtschaftsforum in Bischkek, dass Kirgistan eine Zukunft nur in enger Zusammenarbeit mit Russland habe.
25.3.2011	Ekmeleddin Ihsanoglu, Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), trifft in Bischkek mit Präsidentin Otunbajewa und Premier Atambajew zusammen.
25.3.2011	Premierminister Atambajew schlägt auf einer Kabinettsitzung vor, 500 Mio. Som (10,69 Mio. US-Dollar) für die Opfer der Juni-Unruhen und ihre Familien bereit zu stellen.
25.3.2011	Innenminister Sarylbek Rysaljew erklärt völlig unerwartet vor dem Parlament, dass die Telefone von Regierungsmitgliedern und Parlamentariern abgehört würden.
25.3.2011	In einigen (nach anderen Angaben allen) Strafanstalten des Landes erklären die Gefangenen den Hungerstreik, um ihrer Forderung nach Verbesserung der Haftbedingungen Nachdruck zu verleihen. Die Regierung kündigt die Bildung einer Untersuchungskommission an.
28.3.2011	Außenminister Kasakbajew trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
28.3.2011	Die Verhandlungen gegen Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew und 27 weitere Angeklagte werden auf unbestimmte Zeit verschoben nachdem einer der Verteidiger die Absetzung der Richter gefordert hatte.
28.3.2011	Das Parlament bildet ein Komitee, das Vorschläge für eine neue Staatshymne und -flagge erarbeiten soll.
29.3.2011	Parlamentarier, Vertreter der Präsidialadministration und unabhängige Experten diskutieren mit Unterstützung der OSZE über eine neue staatliche Strategie der zwischenethnischen Beziehungen.
29.3.2011	Kulturminister Nurlanbek Schakijew trifft in Teheran den iranischen Präsidenten Machmud Achmadinedschad zu Gesprächen über eine Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit.
29.3.2011	Das Parlamentskomitee für internationale Fragen verabschiedet den Vertrag über die Entwicklung von TRACECA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia).
30.3.2011	Auch in den letzten Haftanstalten beenden die Häftlinge ihren Hungerstreik.
30.3.2011	Am Mittag eskaliert im Zentrum von Bischkek eine Demonstration von ca. 500 Händlern des Osch-Basars, die den Rücktritt von Bürgermeister Isa Omurkulow fordern, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.
30.3.2011	Die internationale Kommission zur Untersuchung der Zusammenstöße zwischen Kirgisen und Usbeken im Süden Kirgistans verschiebt die Vorstellung ihrer Ergebnisse um einen Monat auf Ende April.

30.3.2011	Mehrere Dörfer nahe der chinesischen Grenze im Gebiet Naryn werden von einem Hochwasser überflutet.
31.3.2011	Präsidentin Otunbajewa entlässt Generalstaatsanwalt Kubatbek Baibolow wegen seiner Rolle im Konflikt um die Mobilfunkgesellschaft MegaCom.
31.3.2011	Der Hollywoodstar Martin Sheen schließt sich der Kampagne zur Befreiung des in Kirgistan inhaftierten usbekischen Menschenrechtlers Asimschan Askarow an.
1.4.2011	Eine staatliche Kommission mit Mitgliedern aus Regierung, Parlament, Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte und NGOs beginnt eine Untersuchung der Bedingungen in den Haftanstalten des Landes.
1.4.2011	Im Parlament kommt es in einer Pause nach Beratungen über die Entlassung des Generalstaatsanwaltes und die Einrichtung einer Untersuchungskommission zu einer Schlägerei zwischen dem Abgeordneten der Partei Respublika, Alтынбек Sulaimanow, und dem Fraktionschef von Ata-Schurt, Taschijew. Bei einer anschließenden Kontrolle aller im Gebäude befindlichen Personen werden elf Schusswaffen gefunden.
1.4.2011	Der entlassene Generalstaatsanwalt Baibolow kündigt an, sich gerichtlich gegen seine Entlassung und die damit verbundenen Vorwürfe zu wehren.
4.4.2011	Turgunbek Kulmursajew, Generaldirektor der kirgisischen Gasgesellschaft, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass beim letzten Moskaubesuch von Premierminister Atambajew verabredet wurde, dass Gazprom Gas nach Kirgistan liefern werde.
5.4.2011	Das Parlamentskomitee zur Untersuchung der Vorgänge um MegaCom beschließt auf seiner Abschlussitzung, der Regierung die Konfiszierung des Unternehmens zu empfehlen.
6.4.2011	Nach Angaben von Kyrgyzgas sind die Schulden für Gaslieferungen gegenüber Usbekistan in Höhe von 3,4 Mio. US-Dollar abbezahlt.
6.4.2011	Der chinesische Finanzminister Chen Deming und der kirgisische erste stellvertretende Premier Omurbek Babanow unterzeichnen ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Kooperation.
6.4.2011	Auf einer gemeinsamen Sitzung mehrerer Parlamentskomitees erhebt der abgesetzte Generalstaatsanwalt Baibolow schwere Vorwürfe gegen GKNB, Präsidentin und Regierung im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen MegaCom, aber auch wegen fehlender Rechenschaft über nach dem Sturz Kurmanbek Bakijews beschlagnahmte Gelder und Einmischung in die Strafverfolgung bestimmter Politiker.
7.4.2011	Am 1. Jahrestag des Sturzes Präsident Bakijews wird in einer Schweigeminute um 16 Uhr der Opfer gedacht, eine Reihe von Gedenkveranstaltungen findet statt, der Tag ist aber offizieller Arbeitstag.
7.4.2011	Der vor einem Jahr aus dem Amt vertriebene Ex-Präsident Bakijew erklärt in einem Interview mit Interfax, dass die kirgisische Regierung unfähig und inkompetent sei, es herrsche völlige Gesetzlosigkeit. Er dementiert Gerüchte, nach denen er für seine Aufnahme in Belarus 200 Mio. US-Dollar habe zahlen müssen.
7.4.2011	Die bekannte Geschäftsfrau und Medienexpertin Elmira Toktogulowa wird am Abend vor ihrem Wohnblock überfallen und ausgeraubt.
8.4.2011	Im Dorf Kok-Tasch (Gebiet Batken) an der Grenze zu Tadschikistan findet eine Schlägerei zwischen Kirgisen und Tadschiken statt.
8.4.2011	Arslan Koichiev, Chef des Zentralasien und Kaukasus Programms der BBC, tritt zurück, nachdem bekannt geworden war, dass er sich im April 2010 aktiv im Kampf gegen Bakijew engagiert hatte.
9.4.2011	Präsidentin Otunbajewa versichert bei einem Treffen mit einer Delegation der OSZE, dass es in naher Zukunft keine Neuwahlen des Parlaments geben werde.
11.4.2011	Anhänger des seit August 2010 unter dem Vorwurf eines Umsturzversuches verhafteten Umrat Baryktabasow appellieren an UN und OSZE, sich für seine Freilassung zu verwenden.
11.4.2011	Der Minister für ökonomische Entwicklung, Utschkun Taschbajew, erklärt vor der Presse, dass die Regierung beschlossen habe, Kirgistans Beitritt zur Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan voranzutreiben.
11.4.2011	Die russische Regierung stiftet 5 Mio. US-Dollar für humanitäre Hilfe, insbesondere den Wiederaufbau von Infrastruktur, in Osch und Dschalalabad.
12.4.2011	Die beiden Abgeordneten Taschijew und Sulaimanow, die sich am 1.4. im Parlament geprügelt hatten, entschuldigen sich öffentlich.
12.4.2011	Der Vorsitzende der Kommission für Verbrechen in der Regierungszeit Bakijews teilt vor Journalisten mit, dass es ca. 30 politisch motivierte Auftragsmorde in dieser Zeit gegeben habe.

13.4.2011	Premierminister Atambajew entspricht dem Wunsch von Omurbek Babanow, ihn für einen Monat von seinem Amt als Vize-Premier frei zu stellen. Babanow kommt damit einer voraussichtlichen Niederlage bei einer Vertrauensabstimmung im Parlament, ausgelöst durch Gerüchte über seine Rolle im Konflikt um die MegaCom, zuvor.
13.4.2011	Bei einer Sitzung des Finanzkomitees des Parlamentes wird bekannt, dass die USA für die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Manas 20 Mio. Euro mehr zahlen, als offiziell bekannt.
13.4.2011	Die private Nachrichtenagentur KyrTAG meldet, dass Russland die Bewilligung eines neuen 30 Mio. US-Dollar Kredites, der im Staatshaushalt 2011 bereits eingeplant ist, bis zur Vorlage eines Verwendungsnachweises für einen Vorjahreskredit verschoben hat.
13.4.2011	Eine Sprecherin der nationalen UNESCO-Kommission teilt mit, dass Kirgistan Schulden für seit 1992 nicht gezahlte Mitgliedsbeiträge bei der Organisation in Höhe von 800.000 US-Dollar habe.
14.4.2011	Präsidentin Otunbajewa trifft mit den Sondergesandten für Zentralasien der UN, OSZE und EU, Miroslav Jenca, Herbert Zalber und Pierre Morel, zusammen. Gesprächsgegenstand sind die Situation im Süden, der Kampf gegen Korruption und Perspektiven der Zusammenarbeit.
14.4.2011	Das Parlament wählt die von Präsidentin Otunbajewa vorgeschlagene Kandidatin, Aida Saljanowa, zur neuen Generalstaatsanwältin.
14.4.2011	Das Parlament verabschiedet Änderungen im Familienrecht, durch die Auslandsadoptionen genauer geregelt werden.
15.4.2011	Zehn Abgeordnete der oppositionellen Ar-Namys Fraktion erklären ihren Übertritt auf Koalitionsseite.
18.4.2011	Menschenrechtler erheben Folttervorwürfe gegen das Untersuchungsgefängnis der Stadt Basar-Korgon (Gebiet Dschalalabad), staatliche Stellen bestreiten die Vorwürfe.
18.4.2011	Nach der Festnahme eines Kirgisen durch tadschikische Sicherheitskräfte wegen illegalen Handels versammeln sich ca. 100 Dorfbewohner von Kara-Bak (Gebiet Batken) an der Grenze und fordern seine Freilassung. Die Situation entspannt sich nach seiner Entlassung einige Stunden später.
19.4.2011	Der Mufti von Kirgistan, Tschubak aschi Dschalilow, teilt mit, dass Kuwait 2 Mio. US-Dollar für den Bau einer neuen zentralen Moschee in Bischkek bereitstelle. Der größte Teil der Baukosten wird vom Muftiat der Türkei getragen.
19.4.2011	Nach Angaben des Finanzministeriums hat Kirgistan seine Schulden gegenüber der Russischen Föderation in Höhe von 14,38 Mio. US-Dollar vorzeitig abgezahlt.
19.4.2011	Ein in Russland wegen Mitgliedschaft in einer im Nordkaukasus agierenden bewaffneten Bande gesuchter usbekischer Staatsbürger wird in einem Dorf im Gebiet Tschui verhaftet.
20.4.2011	Die oppositionelle Ata-Meken Fraktion spricht sich gegen den von der Regierungskoalition angestrebten Beitritt Kirgistans in die Zollunion aus.
20.4.2011	Experten des seismologischen Instituts und Vertreter des Notstandsministeriums warnen vor einem Erdbeben der Stärke 9 oder mehr in diesem Jahr und beklagen die schlechte Vorbereitung der Bevölkerung, ca. 80 % der Gebäude des Landes seien nicht erdbebensicher.
21.4.2011	Die Parlamentsabgeordneten ergreifen eine Reihe traditioneller Maßnahmen, um den schlechten Geist aus der Volksvertretung zu vertreiben, u. a. werden mehrere Hammel geschlachtet.
21.4.2011	In Bischkek fordern ca. 150 Demonstranten, dass der Prozess gegen Ex-Präsident Bakijew und seine Mitangeklagten abgeschlossen sein sollte, bevor die Amtszeit von Präsidentin Otunbajewa im Herbst endet.
22.4.2011	In der Stadt Mailuu-Suu (Gebiet Dschalalabad) besetzen Anhänger des am Vortrag abgesetzten Bürgermeisters Turgunaly Aripow das Gebäude der Stadtverwaltung und kündigen eine Blockade der Überlandstraße nach Oschan, falls Aripow nicht wieder eingesetzt wird.

Tadschikistan

19.3.2011	Beim jährlichen Treffen mit Wissenschaftlern erklärt Präsident Emomali Rachmon, dass eine schnellere Demokratisierung des Landes nicht zweckmäßig sei.
19.3.2011	Der Chef des staatlichen Zentrums für den Kampf gegen Tuberkulose, Abdugarim Schechow, teilt auf einer Pressekonzferenz mit, dass die Zahl der TB-Fälle sich in den letzten fünf Jahren auf 7.100 verdoppelt habe.
20.3.2011	Usbekistan erhöht die Transitgebühren für tadschikische Eisenbahnwaggons um 15 % für normale Güterwaggons und 74 % für Eisenbahncontainer.
22.3.2011	Der iranische Kulturminister Seyyed Mohammad Hosseini trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Duschanbe ein.

23.3.2011	Präsident Rachmon begibt sich auf einen dreitägigen Besuch des Gebietes Sogd.
23.3.2011	Die Elektrizitätsgesellschaft wendet sich mit einer Erklärung an die Bevölkerung, dass es wegen der unerwartet stark gefallen Temperaturen in Verbindung mit dem niedrigen Wasserstand des Wachschiwan zu Problemen mit der Energieversorgung kommt.
23.3.2011	Eine Gruppe von 28 Menschenrechtsorganisationen beklagt in ihrem Bericht für den UN Human Rights Council's Universal Periodic Review Menschenrechtsverstöße in Justiz und Strafvollzug sowie das Fehlen einer Zivilgesellschaft.
25.3.2011	Rustam Emomali, Sohn von Präsident Rachmon, tritt aus der regierenden Volksdemokratischen Partei aus und gibt seine damit verbundenen Ämter ab. Nach geltendem Recht ist die Mitgliedschaft in einer Partei mit seiner Stellung beim Zolldienst unvereinbar.
26.3.2011	Präsident Rachmon fordert die Bevölkerung auf, Lebensmittelvorräte anzulegen, da die nächsten beiden Jahre ökonomisch angespannt würden.
26.3.2011	Nach Angaben des tadschikischen Dienstes von RFE/RL hat die russische Regierung beschlossen, den Zoll für nach Tadschikistan exportiertes Öl und Ölprodukte auf 5,3 % anzuheben.
28.3.2011	Asia-Plus veröffentlicht die Ergebnisse einer Gallup-Umfrage 2010, wonach die Bevölkerung Tadschikistans die weltweit russlandfreundlichste ist. 94 % der Befragten hätten sich positiv über die Politik der russischen Regierung geäußert.
27.3.2011	Prinz Rahim Aga Khan, Sohn des Aga Khan, trifft in Duschanbe ein. Während seines viertägigen Besuches will der Prinz Projekte des Aga Khan Development Networks besuchen.
29.3.2011	Nach den Worten von Anatolij Safonow, dem russischen Gesandten für internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und transnationale organisierte Kriminalität, war Russland gezwungen, seine Grenztruppen von der tadschikisch-afghanischen Grenze abzuziehen, da dies von der tadschikischen Regierung gewünscht wurde.
29.3.2011	Der stellvertretende Außenminister Nisomiddin Sochidow empfängt den UN-Sondergesandten und Chef des regionalen Zentrums für präventive Diplomatie in Zentralasien, Miroslav Jenca, zu Gesprächen über die regionale Sicherheit und den Kampf gegen den Terrorismus.
29.3.2011	Außenminister Hamrochon Zarifi trifft während seines Schweizbesuches mit Präsidentin Micheline Anne-Marie Calmy-Rey zusammen.
30.3.2011	Das Unterhaus verabschiedet ein neues Sicherheitsgesetz, das das alte von 1993 ersetzt.
30.3.2011	Außenminister Zarifi gibt vor der UN Economic Commission for Europe in Genf eine Stellungnahme zur Wasser-Energie-Situation seines Landes und geplanten Neubauprojekten ab und führt Gespräche mit dem Exekutivsekretär der Kommission, Jan Kubis, sowie dem stellvertretenden WTO- Generalsekretär Alejandro Jara.
30.3.2011	Die Freiheitsstrafe der beiden Söhne des früheren Notstandsministers und militärischen Führers der UTO, Mirso Sijojew, wird von einem Berufungsgericht auf 15 Jahre halbiert. Sie waren 2009 verhaftet und wegen terroristischer Aktivitäten im Osten des Landes verurteilt worden.
31.3.2011	Ein Vertreter der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft kündigt ein Ende der Stromrationierungen für Mitte April an.
1.4.2011	In Duschanbe beginnt der Prozess gegen neun der wieder festgenommenen Ausbrecher der Massenflucht aus einem Gefängnis im August 2010.
1.4.2011	Zum wiederholten Mal hat Russland die Exportzölle für russische Erdölprodukte nach Tadschikistan erhöht.
2.4.2011	Ein Grenzsoldat erschießt im Gebiet Chatlon einen Kollegen und begeht danach Selbstmord.
4. 4.2011	Eine Delegation von 22 OSZE-Botschaftern unter Leitung des amtierenden OSZE-Vorsitzenden, dem litauischen Außenminister Audronis Azubalis, trifft in Duschanbe ein. Gespräche mit Präsident Rachmon und Außenminister Zarifi sind vorgesehen.
4.4.2011	Nach einem Erlass des Bürgermeisters von Duschanbe müssen alle Unternehmen und Organisationen der Stadt bis zum 15.4. an ihrer Eingangstür eine Überwachungskamera installieren.
5.4.2011	Der Wasserstand des Nurek-Stausees befindet sich mit 857,22 m nur noch ungefähr 1 m über dem für die Stromerzeugung kritischen Level, teilt die staatliche Elektrizitätsgesellschaft mit.
6.4.2011	Prinz Aryn Aga Khan, jüngerer Bruder des Aga Khan, hält sich für einen Tag in Duschanbe auf, um verschiedene Projekte des Aga Khan Development Network zu besuchen.
7.4.2011	Das Ministerium für Energie und Industrie kündigt die Einführung eines zeitweisen Exportzolls für Baumwolle an, um einheimische Textilunternehmen, die unter Baumwollknappheit leiden, zu schützen.

7.4.2011	Die private Nachrichtenagentur Avesta meldet, dass afghanische Logistikunternehmen ihre Geschäftstätigkeit in Tadschikistan einstellen, nachdem die tadschikische Eisenbahngesellschaft die Transitgebühren für afghanische Unternehmen stark erhöht hatte.
8.4.2011	Vor der Zentrale der staatlichen Gasgesellschaft in Duschanbe findet der erste bekanntgewordene Flash Mob Tadschikistans als Protest gegen Mängel in der Energieversorgung statt.
8.4.2011	Im neuen Country Report on Human Rights Practices des US-State Department werden Ineffizienz, Korruption und Nepotismus als wichtigste Probleme in der Regierungsarbeit Tadschikistans genannt.
10.4.2011	Interfax meldet, dass Lehrer im Gebiet Chatlon aufgefordert sind zu überprüfen, ob an Freitagen fehlende Schüler in einer Moschee sind. Über dafür fällige Sanktionen ist nichts bekannt.
11.4.2011	Robert Blake, US Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, trifft in Duschanbe ein. Ein Treffen mit Präsident Rachmon ist geplant, außerdem wird Blake an den 3. regulären Konsultationen zwischen den Regierungen beider Länder teilnehmen.
11.4.2011	Das Staatskomitee für religiöse Angelegenheiten kündigt eine Fatwa an, die Scheidungen per SMS verbieten soll. Es soll jährlich hunderte von Fällen geben, wo Arbeitsmigranten ihrer in Tadschikistan zurückgebliebenen Ehefrau die Trennung nur per SMS mitteilen.
12.4.2011	Ein Moskauer Gericht beschließt die Auslieferung des ehemaligen tadschikischen Abgeordneten und Geschäftsmannes Nisonchon Jurajew, der wegen der Organisation einer illegalen bewaffneten Gruppierung und anderer Verbrechen in Tadschikistan angeklagt wird.
12.4.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft beantragt in Russland die Auslieferung des Gründers der Zeitung Tscharogi rus und Vorsitzenden der oppositionellen Bewegung Watandor (Patriot), Dododschon Atowullojew, der in Deutschland als politischer Flüchtling anerkannt ist.
12.4.2011	Gegen den Sohn des Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Farhod Abdullojew, wird ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, nachdem er an einem Verkehrsunfall beteiligt war, bei dem eine chinesische Staatsbürgerin zu Tode kam.
13.4.2011	Ein Feuer zerstört die Sammlung alter traditioneller Musikinstrumente in der Universität von Chudschand.
13.4.2011	Die Inflationsrate im 1. Quartal 2011 lag bei 4,5 %, meldet die nationale Agentur für Statistik.
13.4.2011	Das Unterhaus des Parlamentes billigt Gesetzesänderungen, mit denen die Haftbedingungen für lebenslänglich Verurteilte verbessert werden sollen.
13.4.2011	Laut einer Meldung der russischen Nachrichtenagentur Interfax erwartet Eltern von Jugendlichen, die an einer ausländischen religiösen Bildungsstätte studieren, eine bis zu zweijährige Gefängnisstrafe. Acht Väter seien bereits in Haft.
15.4.2011	Nach Meldung von Radio Liberty sind der militante Regierungsgegner und frühere militärische UTO-Anführer Mullo Abdullo (Abdullo Rachimow) und zehn seiner Leute bei einem Spezialeinsatz der Sondertruppen getötet worden.
15.4.2011	Ein Sprecher der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft kündigt an, dass dank der gestiegenen Wassermenge des Wachs die Stromrationierung gelockert wird.
16.4.2011	Der ständige Rat der OSZE fordert die Mitgliedsländer der Organisation auf, Tadschikistan mehr Unterstützung für den Kampf gegen den Drogenhandel und für Frieden und Stabilität in Afghanistan zu gewähren.
17.4.2011	Mitarbeiter der staatlichen Drogenkontrollagentur beschlagnahmen in einem Auto einen Sack mit 10 kg Heroin, der nach Kasachstan gebracht werden sollte.
19.4.2011	Präsident Rachmon trifft mit dem Exekutivsekretär der GUS, Sergej Lebedjew, zu Gesprächen zusammen.
19.4.2011	Die Sicherheitskräfte geben bekannt, dass sie einen weiteren der 25 im August 2010 aus einem Gefängnis in Duschanbe geflüchteten Gefangenen erschossen haben.
19.4.2011	Asia-Plus meldet, dass ein Fußballspieler des in der höchsten Liga des Landes spielenden Vereins Chair, Parwis Tursunow, keine Spielerlaubnis bekommt, weil er sich weigert, seinen Bart abzunehmen.
19.4.2011	Nach Angaben des Finanzministeriums betragen die tadschikischen Auslandsschulden mehr als 1,98 Mrd. US-Dollar, das sind 31,6 % des aktuellen BIP. Größter Schuldner ist die VR China.
20.4.2011	In seiner im Fernsehen übertragenen jährlichen Parlamentsrede zur Lage der Nation erklärt Präsident Rachmon, dass Russland und China die wichtigsten zukünftigen ausländischen Partner des Landes seien. Außerdem kündigt der Präsident an, dass bis 2015 die Energieselbstversorgung gesichert sein wird.

20.4.2011	Es wird bekannt, dass die örtlichen Behörden die einzige orthodoxe Kirche im Bezirk Jaloliddin Rumi (Gebiet Chatlon) geschlossen haben.
21.4.2011	Sicherheitskräfte sprengen im Gebiet Chatlon einen Rauschgifthändlerring und beschlagnahmen ca. 100 kg Haschisch sowie Schusswaffen.
21.4.2011	Nach Angaben von Sicherheitskräften war die Explosion einer Panzerabwehrmine auf einem Basar im südlichen Umland von Duschanbe, bei der am Vortag sechs Personen schwer verletzt wurden, ein Unfall. Ein Mann habe die Bombe im nahegelegenen militärischen Übungsgelände gefunden und aus noch ungeklärten Gründen auf den Basar gebracht.

Turkmenistan

19.3.2011	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow sendet 1.000 t Mehl nach Iran – als Zeichen der gut nachbarschaftlichen Beziehungen und Gruß zum Neujahrsfeiertag Nawrus.
20.3.2011	Die Botschaft der USA veranstaltet einen Kurs für turkmenische Frauen, die noch nie das Internet benutzt haben.
22.3.2011	Präsident Berdymuchammedow ordnet den Bau eines Fernsehturms an, von dem aus die Feierlichkeiten zu Ehren des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit übertragen werden sollen.
23.3.2011	Turkmenistan sendet humanitäre Hilfe in Form von Arzneimitteln an eine Gesundheitseinrichtung in Garamgol (Provinz Farjab) in Afghanistan.
26.3.2011	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das entsprechend den internationalen Rechtsnormen Ausländern in Turkmenistan die gleichen Rechte und Freiheiten garantiert wie den Bürgern Turkmenistans.
27.3.2011	Präsident Berdymuchammedow besucht für die Feierlichkeiten des Nawrus-Festes Iran.
28.3.2011	Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad schenkt Präsident Berdymuchammedow ein iranisches Sportflugzeug im Wert von etwa 120.000 US-Dollar, meldet die russische Nachrichtenagentur Itar Tass.
28.3.2011	Der erste stellvertretende Außenminister Wepa Chadschijew trifft bei einem offiziellen Staatsbesuch in Minsk u. a. mit dem weißrussischen Außenminister Sergej Martynow zusammen. Gesprächsthemen sind eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Fragen zum turkmenischen GUS-Vorsitz im kommenden Jahr.
29.3.2011	Präsident Berdymuchammedow ordnet an, die Staatsanwälte der fünf Gebiete Turkmenistans untereinander auszutauschen, um die Effektivität ihrer Arbeit zu verbessern, meldet Gundogar.
31.3.2011	Präsident Berdymuchammedow äußert sich unzufrieden über die Arbeit von Altyn Asyr, dem nach dem staatlich betriebenen Rückzug von MTS einzigen Mobilfunkanbieter Turkmenistans, und ordnet die Verbesserung der Qualität von mobiler Telekommunikation an.
4.4.2011	Das Norwegian Helsinki Committee stellt einen kritischen Bericht über die Lebensbedingungen von etwa 2000 Inhaftierten der Frauenkolonie in Daschogus in Nordturkmenistan vor.
4.4.2011	In den Filialen des einzigen Mobilfunkanbieters Turkmenistans, Altyn Asyr, kommt es beim Verkauf von SIM-Karten zu Massenaufläufen und riesigen Schlangen, bei denen Soldaten für Ordnung sorgen, meldet Fergananeews.com.
7.4.2011	Durch eine anonyme Quelle im Außenministerium wird bekannt, dass die Regierung wegen der Aufstände im Mittleren Osten Erkundigungen über den Verbleib, die Beschäftigung und finanzielle Lage von sich zurzeit im Ausland befindlichen Bürger Turkmenistans einholt, meldet Radio Liberty.
7.4.2011	Turkmenistan schließt Verträge mit Huawei Technologies und Nokia Siemens Networks im Bereich mobiler Telekommunikation.
7.4.2011	Im Rahmen des Gesundheitstags nehmen Präsident Berdymuchammedow und viele Beamte an einem Fahrradrennen auf den Straßen Aschchabads teil. Die Beamten mussten sich für diesen Anlass extra Fahrräder kaufen.
7.4.2011	Sergej Beljajew wird Chef des OSZE-Zentrums in Aschchabad.
8.4.2011	Mitarbeiter von Rechtsschutzorganen Turkmenistans nehmen an von den USA finanzierten, siebenmonatigen Englischkursen teil.
8.4.2011	In dem vom US-State Department veröffentlichten Country Report on Human Rights Practices 2010 werden schwere Menschenrechtsverletzungen, Folter, Misshandlung von Gefangenen, fehlende Meinungsfreiheit u.v.m. in Turkmenistan beklagt.
9.4.2011	Präsident Berdymuchammedow gründet zwei neue Ministerien. Minister für Arbeit und sozialen Schutz wird Bekmurad Schamuradow, Minister für Kommunalwirtschaft wird Arslan Jagschimamedow.

9.4.2011	Der Sondergesandte des Premierministers von Kambodscha, Ouch Borit, äußert bei einer offiziellen Visite in Aschchabad seine Zustimmung für die Politik Präsident Berdymuchammedows.
11.4.2011	Die russische Zeitung Kommersant meldet, dass die Firma Sistem die Verteidigung der Interessen des Mobilfunkdienstleisters MTS übernehme und plane, beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, das zur Weltbank gehört, zu klagen.
11.4.2011	Bei der Explosion in der Metro in Minsk wird ein Bürger Turkmenistans, der 18-jährige Student Chajdar Tscharyjew, verletzt.
12.4.2011	Chronika Turkmenistana meldet, dass zehn Ärzte, die im Rahmen des Programms Community connection für internationalen Austausch in die USA fliegen sollten, auf dem Flughafen von Aschchabad an der Ausreise gehindert werden.
15.4.2011	Es wird ein Importverbot für Automobile mit einem Hubraum von mehr als 3,5 l ausgesprochen, um auf den Straßen für Ordnung und für sparsamen Energieverbrauch zu sorgen.
17.4.2011	Präsident Berdymuchammedow ordnet an, angesichts der bevorstehenden Feriensaison die Anzahl von Ordnern und Polizisten in Erholungsorten zu vergrößern.
19.4.2011	Der ständige Koordinator der UN in Turkmenistan, Lenni Montiel, attestiert Turkmenistan in einem Interview mit der turkmenischen Presse einen Fortschritt im Bereich Menschenrechte, meldet die Nachrichtenagentur Regnum.
20.4.2011	Drei türkische Bauunternehmen klagen bei dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, weil Turkmenistan ihnen eine Gesamtsumme von 600 Mio. US-Dollar schulde, meldet Radio Liberty.
21.4.2011	In Aschchabad findet ein zweitägiges Seminar statt, bei dem Abgeordnete über die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung informiert werden.
21.4.2011	Präsident Berdymuchammedow trifft mit dem Minister für Gas und Mineralölressourcen Saudi-Arabiens, Eng Ali Bin-Ibrahim al-Nu'aymi, zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit im Treibstoff- und Energie-Sektor zusammen.
21.4.2011	In Aschchabad findet das 65. Treffen der Kommandeure der GUS-Grenztruppen statt.

Usbekistan

22.3.2011	Ein Gericht in Dubai verurteilt zwei afghanische Staatsangehörige wegen der Ermordung von zwei usbekischen Prostituierten zum Tode.
22.3.2011	Innenminister Bahodir Matlubow entlässt fünf Polizeioffiziere, weil sie bei einer Verkehrskontrolle auf der Straße Taschkent-Samarkand 5.000 Som (ca. 3 US-Dollar) Bestechungsgeld angenommen hatten.
23.3.2011	Der Menschenrechtler Dmitrij Tichonow erhält ein Ausreisevisum.
24.3.2011	Der pakistanische Premierminister Syed Yusuf Raza Gilani trifft zu einem offiziellen Besuch in Taschkent ein. Thema seiner Gespräche soll u. a. eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Transport sein.
24.3.2011	Der britische Firma Oxus Gold stellt ihre Tätigkeit im Amantaitau Goldfeld ein, nachdem die Regierung eine Wirtschaftsprüfung des Unternehmens begonnen hatte.
24.3.2011	Es wird bekannt, dass die deutsche Regierung von 2005–2009, als offiziell ein EU-Embargo gegen Usbekistan wegen der Ereignisse in Andischan bestand, insgesamt 67,9 Mio. US-Dollar als Pacht für die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Termes an Usbekistan gezahlt hat.
24.3.2011	Beim Empfang von Vertretern der US-amerikanischen Honeywell Corp. gibt Präsident Islam Karimow der Hoffnung Ausdruck, dass die Zusammenarbeit mit der Firma den Wirtschaftsbeziehungen zu den USA einen neuen Impuls geben wird.
25.3.2011	Im Darm eines auf dem Moskauer Flughafen Domodedovo verstorbenen usbekischen Passagiers werden Heroinpäckchen mit einem Gesamtgewicht von 646 g Heroin und einem Marktwert von ca. 100.000 US-Dollar gefunden.
25.3.2011	Die Regierung beschließt die Bildung eines Staudammkomitees, das sich mit den Problemen der grenzüberschreitenden Flüsse befassen und die Interessen Usbekistans international vertreten soll.
28.3.2011	Die usbekische Führung sagt zu, bis 30.6.2011 1 Mio. Ballen Baumwolle nach Pakistan zu liefern. Die dortige Textilindustrie leidet nach dem Ernteausfall 2010 an fehlendem Rohstoff.
29.3.2011	Die staatliche Nachrichtenagentur UzA veröffentlicht einen Artikel, in dem vor einer Flutwelle vergleichbar dem Tsunami in Japan gewarnt wird, falls es nach dem Baus des Roghun-Staudammes in Tadschikistan in der Region zu einem Erbeben kommen sollte.

30.3.2011	Nach Angaben von uznews.net sind die Lebenshaltungskosten in Taschkent in den letzten beiden Monaten um ca. 15 % pro Monat, d. h. 30.600 Som (13 US-Dollar) gestiegen.
30.3.2011	Eine Delegation unter Leitung des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE, Knut Vollebaek, wird von Präsident Karimow empfangen. Zuvor war die Gruppe u. a. auch mit der Ombudsfrau für Menschenrechte des Parlaments, Sajjora Raschidowa, zusammen getroffen.
31.3.2011	Der Senat verabschiedet ein Gesetz, mit dem die Strafen für Verkehrsvergehen erheblich verschärft werden.
31.3.2011	Zwanzig Läden der Buchhandelskette Kitoblar dunjosi in Taschkent werden nach Durchsuchungen durch den nationalen Sicherheitsdienst, Polizei und Steuerbehörden geschlossen. Die Firma war die einzige, die religiöse Literatur verkaufen durfte.
1.4.2011	Der Preis für Strom wird um 8,8 %, der für Gas um 18,3 % angehoben.
1.4.2011	Es werden gestaffelte Zollgebühren für Nahrungsmittelimporte, außer Babynahrung, eingeführt. Für die meisten Produkte liegen sie bei 50 %, für einzelne Produkte aber bei bis zu 200 %.
2.4.2011	Nach Angaben der Zeitung Narodnoje Slowo ist die Zahl der Printmedien des Landes in den letzten zehn Jahren um ca. 50 % gestiegen und beträgt ca. 1.200.
6.4.2011	In Petersburg wird ein 38jähriger Usbeke in seinem Zimmer ermordet aufgefunden.
7.4.2011	In Taschkent findet ein EU-Zentralasien Außenministertreffen statt. Themen sollen die Intensivierung des politischen Dialogs, Wirtschaft und Sicherheit sein. Nach Angaben von Menschenrechtlern soll hinter verschlossenen Türen auch ein Treffen von EU-Vertretern mit der usbekischen Regierung stattgefunden haben.
8.4.2011	Das US-State Department stellt den Country Report on Human Rights Practices 2010 vor, in dem Usbekistan bereits in der Einleitung als ein Staat mit besonders starken Menschenrechtsverletzungen genannt wird (neben Staaten wie RF, Belarus, Pakistan oder Nord-Korea u. a.).
10.4.2011	Die Weltbank beschließt einen 93 Mio. US-Dollar Kredit zur Unterstützung von Verbesserungen im Gesundheitswesen Usbekistans.
10.4.2011	Die Bild-Zeitung berichtet, dass der brasilianische Fußballstar Rivaldo, der von 2008–2010 für den von der inzwischen insolventen Firma Zeromax gesponsorten Verein Bunyodkor FC gespielt hatte, noch 16 Mio. US-Dollar von dem Verein fordert.
10.4.2011	Erst jetzt wird bekannt, dass Scherali Asisow, der wegen islamistischer Aktivitäten zu 19 Jahren Haft verurteilt war, am 4.11.2010 gestorben ist. Asisow war 2008 mehrfach im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die »Sauerlandgruppe« von der deutschen Bundesanwaltschaft vernommen worden.
12.4.2011	Präsident Karimow erörtert in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew Fragen insbesondere der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
12.4.2011	Das Ministerium für Arbeit und Soziales und UNDP beginnen ein neues Projekt zur Eingliederung von Frauen und Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt.
14.4.2011	In einem Artikel der Zeitung Molodjosch Usbekistana (Jugend Usbekistans) warnen die Autoren junge Leute vor Studienaufenthalten in den USA und legen ihnen ein Studium im Inland nahe.
15.4.2011	Radio Liberty meldet, dass Lola Karimowa-Tilljewa, Tochter des Präsidenten, gegen die französische Website Rue89.com Klage wegen Verleumdung eingereicht hat und eine Entschädigung von 30.000 Euro fordert. Auf der Seite war ihr Vater als Diktator bezeichnet worden und Karimowas Wohltätigkeitsveranstaltungen als Versuch, Usbekistan davon rein zu waschen.
15.4.2011	Bei einer Kabinettsitzung werden die neuesten Wirtschaftsdaten bekannt, das BIP stieg im ersten Quartal des Jahres um 7,6 %, es wurden 219.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.
17.4.2011	Die russische Nachrichtenagentur Regnum berichtet, dass in Reaktion auf den Anschlag in der Metro von Minsk (Belarus) die Sicherheitsvorkehrungen in der Metro von Taschkent verstärkt wurden.
18.4.2011	Die MAN Truck and Bus AG und Uzavtosanoat AG beginnen mit dem Bau eines neuen LKW-Werkes in Samarkand.
18.4.2011	Es beginnt eine groß angelegte Polio-Impfkamagne, bei der fast 3 Mio. Kinder im Alter bis zu fünf Jahren immunisiert werden sollen.
18.4.2011	Mit der Unterzeichnung durch Präsident Karimow treten die von ihm im November 2010 angeregten Verfassungsänderungen, durch die u. a. die Bedeutung der Parteien gestärkt werden soll, in Kraft.
18.4.2011	Ein Moskauer Gericht verurteilt zwei usbekische Staatsbürger zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen. Die beiden sollen im April 2009 in Moskau einen französischen Weinhändler und seine Familie ermordet haben.

18.4.2011	Nach mehreren anderen wird nun auch der Alaj-Basar in Taschkent abgerissen. Die Zerstörung der Märkte gehört zum von Präsident Karimow angeordneten Programm zur Verschönerung von Taschkent anlässlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit.
19.4.2011	Präsident Karimow hält sich zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Beijing auf. Bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Hu Jintao werden eine Reihe von Verträgen über Investitionen und ökonomische Zusammenarbeit unterzeichnet. Hu verspricht, Usbekistans WTO-Beitritt zu unterstützen.
19.4.2011	Nach Angaben eines Sprechers der betroffenen Gemeinde haben Sicherheitskräfte bei mehreren Durchsuchungen einer offiziell registrierten Baptistenkirche sowohl die gesamte religiöse Literatur wie auch ihr Büroinventar beschlagnahmt und den Mitarbeitern hohe Geldstrafen auferlegt.
20.4.2011	Nach Angaben einer Sprecherin der EU-Außenkommissarin Catherine Ashton drängt die Union weiterhin darauf, dass Usbekistan ein unabhängiges Monitoring der Kinderarbeit in der Baumwollindustrie in Kooperation mit der International Labour Organisation (ILO) und UNICEF zulässt.
20.4.2011	Die russische Nachrichtenagentur regnum meldet, dass das schweizerische Pharmazieunternehmen Ival AG im Gebiet Taschkent mit dem Bau einer Firma begonnen hat, die Insulin für die ca. 120.000 Diabetiker Usbekistans herstellen soll.
21.4.2011	Ab sofort werden in Usbekistan keine Verkehrsflugzeuge mehr zugelassen, die älter als 25 Jahre sind.
22.4.2011	Anlässlich des bevorstehenden 66. Jahrestages des Endes des Großen Vaterländischen Krieges erhalten Veteranen und Kriegsbeschädigte eine Einmalzahlung von 300.000 Som (ca. 177 US-Dollar) vom Staat.
22.4.2011	Der tadschikische Staatsbürger Umarali Abdurachmonow, der im Mai letzten Jahres in Kasachstan verhaftet und an Usbekistan ausgeliefert worden war, wird wegen Beteiligung an Terroranschlägen im März 2004 in Taschkent zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Margarethe Waldt

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2011 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de